

inhalt ...

kompakt	3
mikrozensus	5
bergbau	15
versorgungsempfänger	23
wirtschaftsgrafiken	35
großregion saar - lor - lux	41
neues	43

fotos ...

Titelfoto: Iris Maurer
Bergwerk Warndt / Luisenthal

Autorenfotos: K. Krause

Grafikfotos: atb, Iris Maurer, QA Photos Ltd

impressum

Statistik Journal, Ausgabe 3/2012

Herausgeber:

Statistisches Amt Saarland

Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken

Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken

Telefon: (06 81) 5 01 - 59 25

Telefax: (06 81) 5 01 - 59 15

E-Mail: statistik@lzd.saarland.de

Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Bezugspreis: Einzelheft 4,- EUR

Jahresabonnement 15,- EUR

ISSN: 1430-2764

© Statistisches Amt Saarland, Saarbrücken, 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

zeichenerklärung

p	vorläufige Zahlen
0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
r	berichtigte Zahlen
-	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich

Umweltstatistiken

Wasserverbrauch pro Kopf täglich 112 Liter

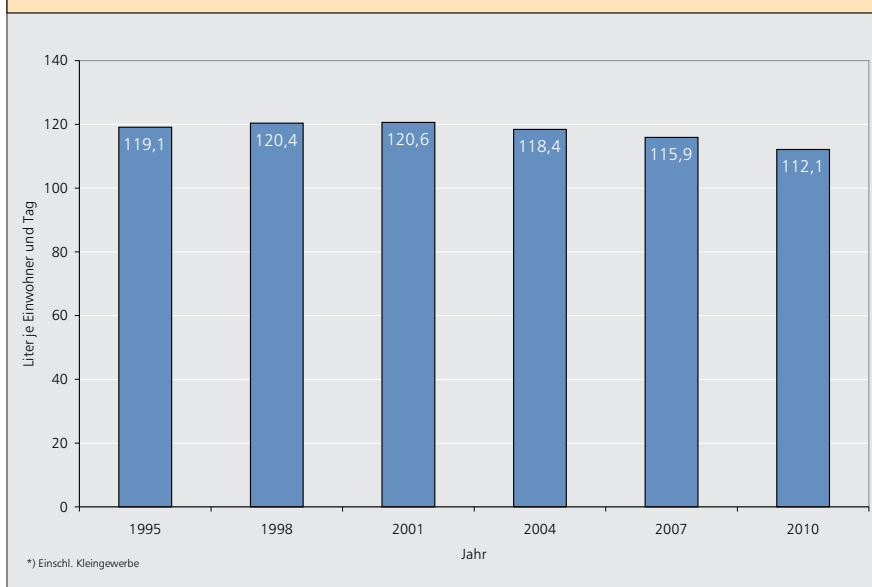
Nach den Vorschriften des Umweltstatistikgesetzes sind alle drei Jahre umfangreiche Erhebungen über die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung durchzuführen. Für das nun vorliegende Berichtsjahr 2010 zeigen die Ergebnisse, dass im Saarland die privaten und öffentlichen Haushalte sowie der Unternehmenssektor als Letztverbraucher von der öffentlichen **Wasserversorgung** insgesamt 52,9 Mio. Kubikmeter Frischwasser bezogen haben. Auf die privaten Haushalte (einschl. Kleingewerbe) entfielen hiervon 41,7 Mio. Kubikmeter. Der durchschnittliche Wasserverbrauch für häusliche Zwecke betrug demnach rechnerisch 112,1 Liter pro Kopf und Tag. Gegenüber dem Vergleichswert von 115,9 Litern bei der vorherigen Erhebung im Jahre 2007 haben sich die Verbrauchsmengen somit erneut verringert. Dabei ging aber nicht nur das Gesamtvolumen des von den Haushalten bezogenen Wassers von 44,0 Mio. auf 41,7 Mio. Kubikmeter zurück, sondern auch die Bezugsgröße des Pro-Kopf-Wertes, nämlich die saarländische Bevölkerungszahl, die sich im Zeitraum von 2007 bis 2010 von 1,039 Mio. auf 1,020 Mio. vermindert hat. Auch in den achtziger und neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurden schon ähnliche Rückgänge beim Durchschnittsverbrauch gemessen. Angesichts des bewussteren und verantwortlicheren Umgangs mit dem „kostbaren Nass“ sowie des vermehrten Einsatzes sparsamerer Haushaltsgeräte war eine

solche Entwicklung vorauszusehen. Nach Untersuchungen von Fachverbänden werden etwa 36 Prozent des Wassers zum Baden und Duschen verwendet, 27 Prozent für die Toilettenspülung, 12 Prozent zum Wäschewaschen, 9 Prozent im Kleingewerbe, jeweils 6 Prozent zum Geschirrspülen und für andere Putz- und Pflegezwecke sowie 4 Prozent beim Essen und Trinken.

für 91,6 Prozent der Bevölkerung zur Verfügung, 2001 gab es lediglich 94 Anlagen bei einem Anschlussgrad von 89,7 Prozent.

In die Kläranlagen wurden 61,3 Mio. Kubikmeter an häuslichem und betrieblichem Schmutzwasser eingeleitet und dort aufbereitet. Zusammen mit Niederschlagswasser und Fremdwasser durchliefen 174,5 Mio. Ku-

S 1 Wasserverbrauch der privaten Haushalte^{*)} im Saarland 1995 bis 2010



Für die **Abwasserbeseitigung** verfügen die 52 saarländischen Gemeinden über ein Kanalnetz von insgesamt 8 020 km Länge. 99,4 Prozent der Bevölkerung, also praktisch alle Wasserverbraucher, sind an das Kanalsystem angeschlossen. Von diesen wiederum sind 97,3 Prozent auch an die 135 öffentlichen Kläranlagen angeschlossen. Im Vergleich zu den früheren Erhebungen bedeutet das einen weiteren Fortschritt: Im Jahr 2007 waren 128 Kläranlagen für 94,2 Prozent aller Einwohner in Betrieb. 2004 standen 104 Kläranlagen

bikmeter Abwasser die Behandlungsanlagen. Aus der biologischen Abwasserbehandlung fielen 18 810 Tonnen Trockenmasse Klärschlamm an. Davon wurden 8 095 Tonnen in der Landwirtschaft verwertet, der überwiegende Teil (10 715 Tonnen) jedoch durch thermische Entsorgung, d. h. in Müllverbrennungsanlagen, beseitigt.

Die saarländische Industrie (in der Abgrenzung Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, ohne Energie- und Bauwirtschaft) meldete 2010 ein

Wasseraufkommen von 49,6 Mio. Kubikmetern, das größtenteils als Grund- oder Oberflächenwasser von den Betrieben selbst gewonnen wurde und hauptsächlich im Kohlenabbau und in der Stahlindustrie anfiel. Die gewonnenen Wassermengen dienten hauptsächlich als Kühlwas-

ser, überwiegend in Kreislaufsystemen. Als industrielles Abwasser blieben 16,3 Mio. Kubikmeter zurück. Gut ein Viertel dieser Menge (25,6 %) wurde in den 40 Betrieben mit betriebseigenen Kläranlagen bzw. Abwasserbehandlungsanlagen aufbereitet. Dabei blieben 12 695

Tonnen Trockenmasse an entsorgten Schlämmen aus der chemisch-physikalischen Behandlung und 748 Tonnen Trockenmasse Klärschlamm aus der biologischen Abwasserbehandlung zurück.

(Autor: Karl Schneider)

Wohnen im Saarland:

Vergleichsweise günstig und häufig im Eigenheim



Von Dagmar Ertl

Wohnen zählt zu den Grundbedürfnissen der Menschen und ist ein essentieller Faktor für die persönliche Lebensqualität. Daten zur Wohnungsversorgung, der Struktur und Qualität des Wohnraums liefern daher wichtige Aussagen zur Beurteilung der Lebenslagen der Bevölkerung. Gleichzeitig sind Wohngebäude auch ein Teil unserer Umwelt und unterliegen der politischen Regulierung. Im Focus stehen derzeit die Erhöhung des Anteils erneuerbarer

Energien für die Heizung und Warmwassererzeugung. Wichtige Daten zur Beurteilung der Wohnungsversorgung und Wohnqualität werden regelmäßig alle vier Jahre mit dem Mikrozensus ermittelt. Die Ergebnisse der letzten Befragung zur Wohnsituation im Jahr 2010 liegen seit dem Frühjahr 2012 vor. Danach gab es im Saarland 458 000 bewohnte Wohnungen in Wohngebäuden. Der Anteil der Wohnungen, die von den Eigentümern selbst bewohnt werden, ist weiter angestiegen und lag bei 63,7 Prozent. Das Saarland wies damit im Vergleich der Bundesländer die höchste Eigentümerquote auf. Gleichzeitig war die Bruttokaltmiete mit 5,63 Euro pro m² im Saarland vergleichsweise günstig. In Deutschland insgesamt betrug die durchschnittliche Wohnungsmiete 6,37 Euro pro m². Der vorliegende Beitrag untersucht den Wohnungsbestand und die Wohnqualität im Saarland. Beleuchtet wird insbesondere die Struktur des Wohnraums. Weitere wichtige Aspekte, wie die Höhe der Mieten und die Wohnsituation der Haushalte werden aufgezeigt. Daneben wird der Blick auch auf die in den vergangenen Jahren immer wichtiger werdenden Faktoren, wie die Energiearten für die Beheizung und die Warmwasserversorgung, gelenkt.

Zahl der Wohnungen im Saarland

Höchste Leerstandsquote der westdeutschen Bundesländer

Im Jahr 2010 gab es im Saarland insgesamt knapp 515 000 Wohnungen, davon waren gut 52 000 unbewohnt. Die saarlandweite Leerstandsquote erhöhte sich gegenüber 2006 von 8,4 Prozent auf 10,1 Prozent und liegt damit deutlich über der bundesweiten Quote von 8,6 Prozent. Das Saarland verzeichnet im bundesweiten Vergleich die höchste Leerstandsquote der westdeutschen Bundesländer. Hier zeigen sich bereits deutlich die Folgen der demografi-

schen Entwicklung im Saarland. Die abnehmende Bevölkerung und die rückläufige Zahl der Haushalte wirken sich bei leicht steigender Wohnungszahl in Form eines höheren Leerstands auf dem Wohnungsmarkt aus.

505 000 Wohnungen befanden sich in Wohngebäuden, das sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt werden. Die Wohnungen in den übrigen Gebäuden, wie sonstige Bauten mit Wohnraum, Wohnheime und bewohnte

i Die Wohnsituation im Mikrozensus

Der Mikrozensus ist die größte amtliche Haushaltsbefragung in Deutschland. Im „kleinen Zensus“ werden seit 1957 jährlich ein Prozent der Bevölkerung zu einer Vielzahl von Merkmalen aus den Bereichen Haushalt, Familie, Erwerbstätigkeit, Bildung, Einkommen etc. befragt. Die so gewonnenen Daten liefern ein differenziertes Bild über die Bevölkerungsstrukturen, die Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung, deren wirtschaftliche und soziale Lage, die Erwerbstätigkeit und die Wohn- und Gesundheitssituation. Alle vier Jahre wird als Zusatzmodul im Rahmen des Mikrozensus die Wohnsituation erhoben. Die letzte Befragung fand 2010 statt. Die Ergebnisse liefern Informationen über die Struktur der Wohneinheiten sowie über die Wohnsituation der Haushalte. Im Einzelnen liegen Angaben zur Art, Größe und zum Baujahr des Gebäudes, zur Fläche der Wohnung und Nutzung durch Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter vor. Zudem sind Angaben zur Ausstattung der Wohnung hinsichtlich Heizungsart und Warmwasserversorgung und der verwendeten Energie für die Heizung beziehungsweise Warmwasserversorgung vorhanden. Weiterhin liegen Daten zum Einzugsjahr des Haushalts und zur monatlichen Miete sowie den anteiligen Betriebs- und Nebenkosten vor. Durch die Integration in den Mikrozensus können diese Daten mit Merkmalen der Haushalte und der darin lebenden Personen verknüpft werden. Dadurch ergibt sich ein umfangreiches Analysepotential zum Themenfeld Wohnen in Deutschland und in den Bundesländern.

Im Vergleich zur Erhebung der Wohnsituation 2006 haben sich einige Änderungen ergeben. Das Plausibilisierungs- und Hochrechnungsverfahren wurde weiterentwickelt. Zudem wurde die Anzahl und die Formulierung einiger Fragen geändert. Ein Vergleich der Daten aus dem Mikrozensus 2010 mit vorherigen Ergebnissen ist daher nur bedingt aussagekräftig. Im vorliegenden Beitrag wird daher auf zeitliche Veränderungen nur begrenzt eingegangen und primär die Situation im Saarland mit der in Deutschland insgesamt verglichen.

Unterkünfte spielen aufgrund des geringen Anteils eine untergeordnete Rolle. Die Auswertungen des Mikrozensus beziehen sich deshalb auf Wohnungen in Wohngebäuden, da diese den tatsächlichen Wohnungsmarkt darstellen. 458 000 aller Wohnungen in Wohngebäuden waren im Jahr 2010 bewohnt und 47 000 standen zum Zeitpunkt der Befragung leer.

Die Struktur der bewohnten Wohnungen im Saarland

Wohnen in den eigenen vier Wänden hat im Saarland einen hohen Stellenwert. Deshalb leben in der Mehrzahl der saarländischen Wohnungen die Eigentümer selbst. 292 000 der 458 000 Wohnungen wurden 2010 von Eigentümern bewohnt, das entspricht einem Anteil von knapp 64 Prozent. Die Eigentümerquote ist in den vergangenen zwölf Jahren deutlich angestiegen. So lag der Anteil des selbstgenutzten Wohneigentums 1998 noch bei 58 Prozent. Auch bundesweit hat die Eigentümerquote zugenommen und zwar von 42 Prozent im Jahr 2006 auf 46 Prozent im Jahr 2010. Das Saarland weist erneut den höchsten Anteil der von Eigentümern bewohnten Wohnungen aller Bundesländer auf. An zweiter Stelle steht Rheinland-Pfalz mit 58 Prozent, gefolgt von Niedersachsen (55 %) und Baden-Württemberg (53 %). Die niedrigsten Eigentümerquoten gab es in Berlin mit 15 Prozent und Hamburg mit 23 Prozent.

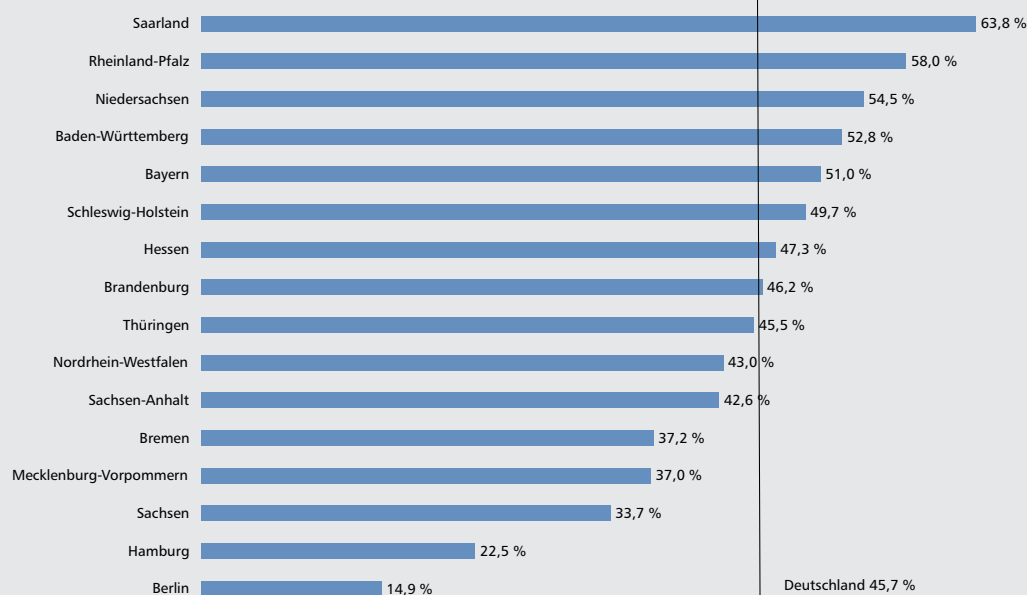
Mit knapp 64 Prozent höchste Eigentümerquote

2010 waren 166 000 Wohnungen im Saarland von Mietern bewohnt, das entspricht einem Anteil von 36 Prozent. Die Zahl der bewohnten Mietwohnungen ist gegenüber dem Jahr 2006 deutlich zurückgegangen.

Auf dem Wohnungsmarkt im Saarland dominieren kleinere Wohngebäude. Mehr als jede dritte bewohnte Wohnung im Saarland (38 %) befand sich 2010 in einem Einfamilienhaus und 33 Prozent in einem Zweifamilienhaus. Lediglich 12 Prozent der

Kleine Wohngebäude dominieren

S 1 Anteil der von Eigentümern bewohnte Wohnungen (Eigentümerquote)



Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010

Wohnungen lagen in mittelgroßen bis großen Wohngebäuden mit sieben oder mehr Wohneinheiten. Insbesondere Wohnungen, die von Eigentümern bewohnt werden, waren in Ein- oder Zweifamilienhäusern (mehr als 88 %). Aber auch Mietwohnungen befanden sich zu über 41 Prozent in kleinen Gebäuden mit ein oder zwei Wohnungen. Während im Saarland 71 Prozent der Wohnungen in Ein- oder Zweifamilienhäusern lagen, waren das bundesweit lediglich 48 Prozent. Demgegenüber befanden sich nur knapp 28 Prozent der bewohnten Wohnungen hierzulande in Gebäuden mit 3 oder mehr Wohneinheiten. Bundesweit waren das mehr als die Hälfte (52 %).

Größerer Altbaubestand im Saarland

Ein weiterer Unterschied in der Wohnungsstruktur im Saarland und in Deutschland ist das Alter der Gebäude. Gerade im Hinblick auf das Ziel der Energieeffizienz ist die Verteilung des Wohnungsbestandes auf Baualtersklassen von großer Bedeutung. So kann bei Wohnungen, die vor 1979 errichtet

wurden, davon ausgegangen werden, dass zum Zeitpunkt der Errichtung des Gebäudes dem Energieverbrauch keine hohe Wertigkeit zukam. In Deutschland wurden knapp drei Viertel der Wohnungen vor 1979 errichtet (74 %). Im Saarland lag der Anteil der Wohnungen in dieser Baualtersklasse mit 84 Prozent deutlich höher. Dabei gab es kaum Differenzen zwischen Wohnungen, die vom Eigentümer bewohnt sind (84 %) und Mietwohnungen (83 %). Die Unterschiede zeigen sich auch im erheblich höheren Anteil des bis 1948 errichteten Altbaus, der im Saarland bei 33 Prozent lag und deutschlandweit bei 27 Prozent. Dagegen gab es im Saarland mit einem Anteil von knapp 6 Prozent weniger Neubauten, die 1991 und später errichtet wurden, als in Deutschland (13,0 %).

Die Wohnungen im Saarland sind im Durchschnitt größer als in Deutschland insgesamt. Das zeigt sich sowohl bei der Fläche je Wohnung als auch bei der Fläche je Person. Die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung

Größere Wohnungen und mehr Fläche pro Person

T 1 Struktur der bewohnten Wohnungen in Deutschland und im Saarland

Gegenstand der Nachweisung	Deutschland			Saarland		
	Insgesamt	Eigentümer- wohnungen	Miet- wohnungen	Insgesamt	Eigentümer- wohnungen	Miet- wohnungen
in 1 000						
Wohnungen insgesamt	36 089	16 494	19 595	458	292	166
Wohngebäude mit						
1 Wohnung	10 643	9 384	1 259	174	159	15
2 Wohnungen	6 610	3 904	2 706	152	99	53
3 – 6 Wohnungen	7 580	1 723	5 857	75	22	53
7 – 12 Wohnungen	7 490	945	6 546	37	5	32
13 – 20 Wohnungen	1 633	229	1 404	6	/	/
21 und mehr Wohnungen	2 133	309	1 824	14	/	10
von ... bis ... errichtet						
bis 1918	5 154	2 421	2 733	69	45	24
1919 – 1948	4 647	2 093	2 554	83	54	29
1949 – 1978	16 793	6 869	9 924	231	147	84
1979 – 1990	4 792	2 398	2 394	50	31	18
1991 und später	4 701	2 711	1 990	26	15	11
Wohnfläche						
von ... bis unter ... m ²						
unter 40	1 618	82	1 536	11	/	10
40 – 60	6 047	565	5 482	36	6	29
60 – 80	8 736	1 978	6 758	81	27	55
80 – 100	6 267	2 918	3 349	86	46	40
100 – 120	4 457	3 111	1 346	73	55	19
120 und mehr	8 964	7 840	1 124	170	157	13
in %						
Wohnungen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Wohngebäude mit						
1 Wohnung	29,5	56,9	6,4	38,0	54,5	9,0
2 Wohnungen	18,3	23,7	13,8	33,2	33,9	31,9
3 – 6 Wohnungen	21,0	10,4	29,9	16,4	7,5	31,9
7 – 12 Wohnungen	20,8	5,7	33,4	8,1	1,7	19,3
13 – 20 Wohnungen	4,5	1,4	7,2	1,3	/	/
21 und mehr Wohnungen	5,9	1,9	9,3	3,1	/	6,0
von ... bis ... errichtet						
bis 1918	14,3	14,7	13,9	15,1	15,4	14,5
1919 – 1948	12,9	12,7	13,0	18,1	18,5	17,5
1949 – 1978	46,5	41,6	50,6	50,4	50,3	50,6
1979 – 1990	13,3	14,5	12,2	10,9	10,6	10,8
1991 und später	13,0	16,4	10,2	5,7	5,1	6,6
Wohnfläche						
von ... bis unter ... m ²						
unter 40	4,5	0,5	7,8	2,4	/	6,0
40 – 60	16,8	3,4	28,0	7,9	2,1	17,5
60 – 80	24,2	12,0	34,5	17,7	9,2	33,1
80 – 100	17,4	17,7	17,1	18,8	15,8	24,1
100 – 120	12,4	18,9	6,9	15,9	18,8	11,4
120 und mehr	24,8	47,5	5,7	37,1	53,8	7,8

Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010

lag 2010 im Saarland bei 106,9 m². Bundesweit waren die Wohnungen mit einer Durchschnittsgröße von 92,1 m² deutlich kleiner. Dies hängt auch damit zusammen, dass es im Saarland einen weitaus größeren Anteil an Einfamilienhäusern gibt als in anderen Bundesländern. Bei der Wohnungsgröße zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Miet- und Eigentümerwohnungen. Wohnungen, die vom Eigentümer bewohnt wurden, verfügten durchschnittlich über eine Wohnfläche von 124,4 m², Mietwohnungen dagegen nur über 76,3 m². Allein 73 Prozent der Eigentümerwohnungen im Saarland hatten eine Größe von mehr als 100 m², bei den Mietwohnungen traf dies nur auf 19 Prozent zu. Bundesweit waren 66 Prozent der Eigentümerwohnungen und 13 Prozent der Mietwohnungen größer als 100 m². Im Gegenzug dazu gibt es im Saarland vergleichsweise wenig kleine Wohnungen. Nur 10 Prozent der bewohnten Wohnungen hatten eine Wohnfläche von unter 60 m². Im Bundesdurchschnitt hatten diese kleinen Wohnungen einen Anteil von 21 Prozent.

Der Wohnraum pro Person ist ein wichtiger Indikator bei der Beurteilung der Lebensqualität. Insgesamt verfügten im Saarland einzelne Bewohner über mehr Wohnraum

als im Bundesdurchschnitt. Die mittlere Wohnfläche, die einer Person zur Verfügung steht, lag 2010 im Saarland bei 52,1 m² und in Deutschland bei 45,1 m². Allerdings zeigen sich je nach Struktur der Haushalte erhebliche Unterschiede. So nimmt der Wohnraum für eine Person bei steigender Haushaltsgröße deutlich ab. Allein Lebende verfügten mit 86 m² über die größte Wohnfläche. In Zweipersonenhaushalten standen jedem Haushaltsmitglied noch 56 m² zur Verfügung. In Dreipersonenhaushalten gab es 40 m² pro Person und in Vierpersonenhaushalten 37 m² pro Person. In fünfköpfigen Haushalten lag die Fläche pro Person lediglich bei 30 m².

Die Höhe der Mieten und der Mietbelastung der Haushalte

Bei der Analyse der Wohnsituation von privaten Haushalten ist die Höhe der Mieten ein wichtiges Kriterium. Im Mikrozensus werden die Bruttokaltmieten erhoben also die Grundmiete der Wohnung (Nettokaltmiete) zuzüglich der kalten Nebenkosten¹. Zudem werden die Kosten für Heizung und Warmwasserversorgung erfragt und als warme Nebenkosten separat ausgewiesen. Die folgenden Darstellungen beziehen sich auf die Bruttokaltmiete.

T 2 Bruttokaltmiete von Mietwohnungen in Wohngebäuden¹

Region	Durchschnittliche Bruttokaltmiete ² in Euro je					
	Wohnung			Quadratmeter		
	2002	2006	2010	2002	2006	2010
Saarland	366	387	437	4,83	5,05	5,63
Deutschland	405	410	441	5,79	5,94	6,37

1) In Wohngebäuden ohne Wohnheime.

2) Nur Wohneinheiten mit Angaben zur Bruttokaltmiete.

Quelle: Mikrozensuszusatzserhebung 2002, 2006 und 2010

¹ Hierunter fallen die monatlichen Aufwendungen für Wasser, Kanalisation, Abwasserbeseitigung, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart und Hausverwaltung, öffentliche Lasten (z.B. Grundsteuer) Gebäudeversicherung, Kabelanschluss, Hausaufzug und Dienstleistungen für die Gartenpflege. Nicht zur Bruttokaltmiete zählen Kosten für die Heizung und Warmwasser oder Umlagen für eine Zentralheizung.

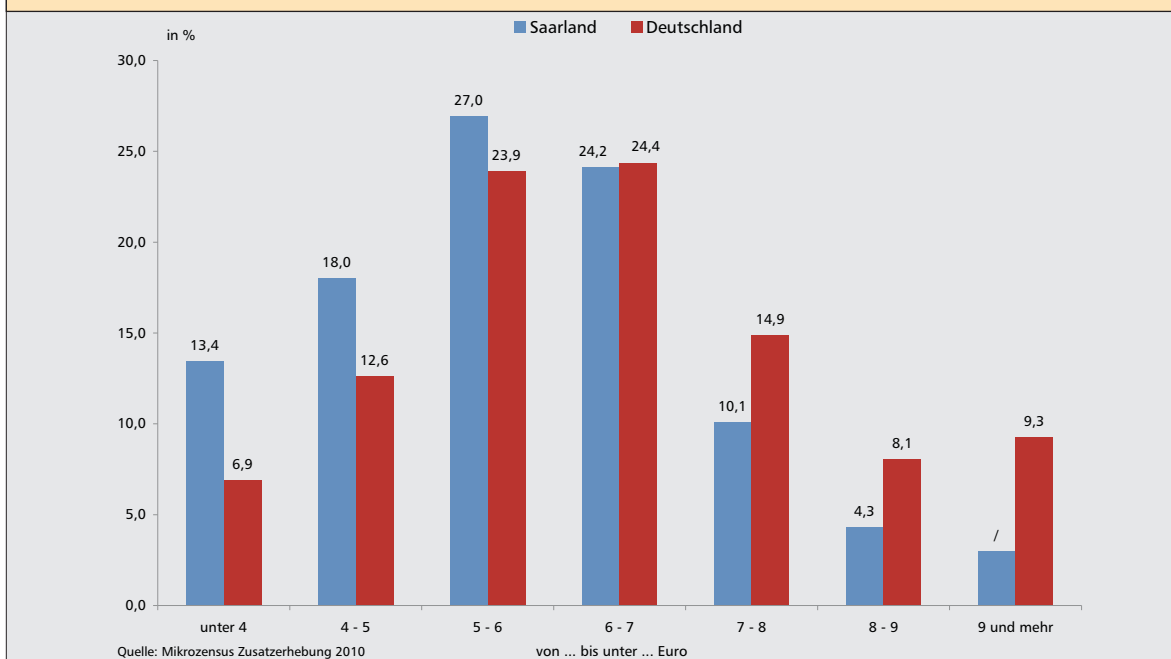
Günstige
Mieten im
Saarland

Die durchschnittliche Bruttokaltmiete lag im Jahr 2010 im Saarland bei 423 Euro, das entspricht einer Quadratmetermiete von 5,63 Euro. Die warmen Nebenkosten beliefen sich monatlich auf 1,30 Euro je m². Für die kalten Nebenkosten wurden 0,95 Euro je m² bezahlt. Im Vergleich mit der durchschnittlichen Wohnungsmiete in Deutschland von 441 Euro und dem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von 6,37 Euro waren die Mietkosten im Saarland deutlich niedriger. Die Mieten sind in den vergangenen Jahren merklich angestiegen. Von 2006 bis 2010 ist die durchschnittliche Miete pro m² im Saarland um 11,5 Prozent gestiegen. Deutschlandweit betrug der Anstieg 7,2 Prozent. Die Mietpreissteigerung deutet darauf hin, dass neben der allgemeinen Anhebung der Mietpreise im Saarland zudem ein Angleichungsprozess an das höhere Mietniveau in Deutschland insgesamt stattfand.

Die Mietpreise variieren allerdings abhängig von der Wohnungsgröße, dem Baulter des

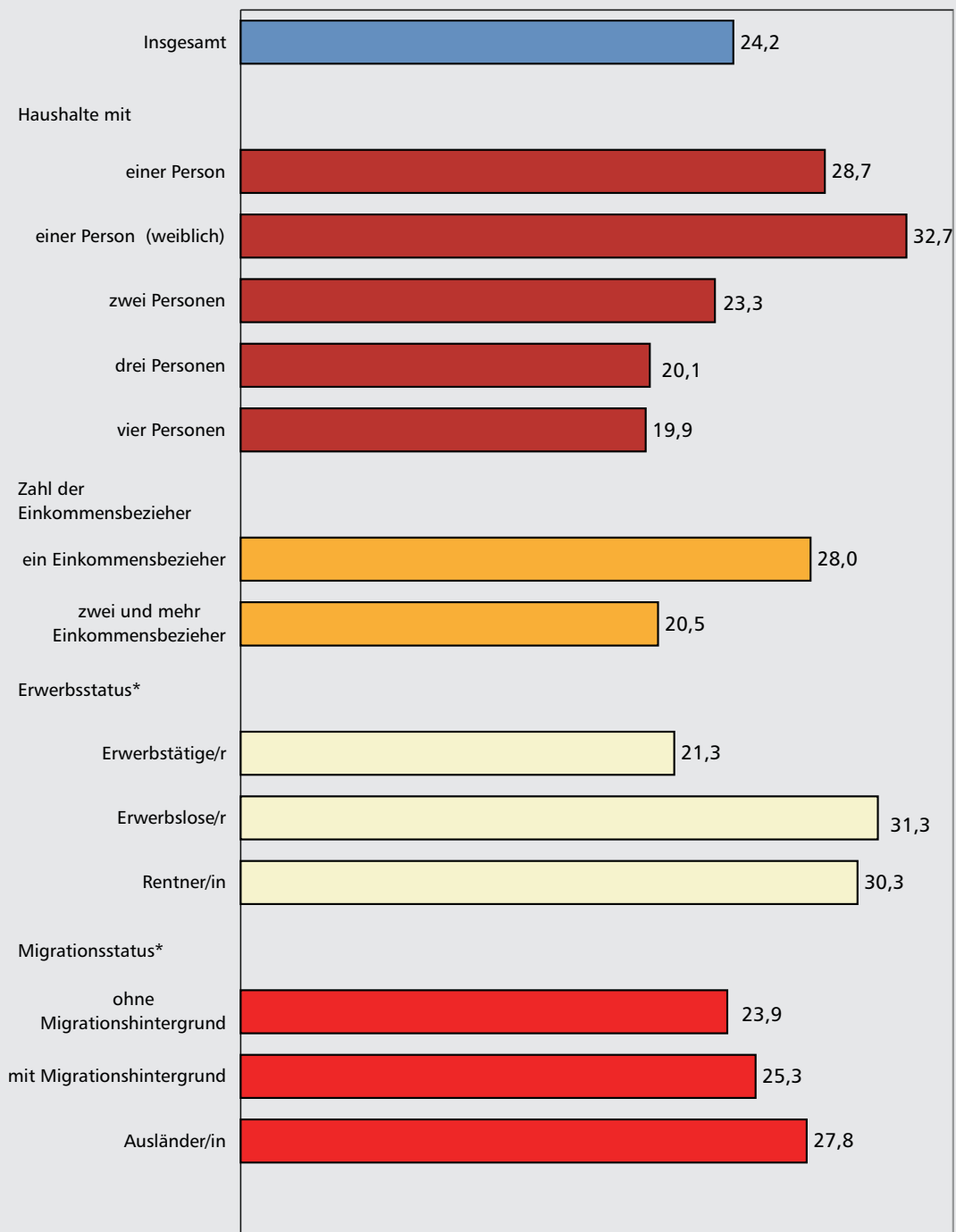
Hauses, der Dauer des Mietverhältnisses, der Ausstattung und je nach Lage der Wohnung ganz erheblich. So lag in 13 Prozent der Mietwohnungen im Saarland die Bruttokaltmiete je m² unter vier Euro. Zwischen Vier bis fünf Euro pro m² waren in 18 Prozent der Wohnungen zu zahlen. In etwas mehr als jeder vierten Wohnung (27 %) betrug der Mietpreis fünf bis sechs Euro je m². Für ein knappes Viertel der Wohnungen (24 %) lag die Miete bei sechs bis sieben Euro pro m². Mit sieben bis acht Euro fielen in 10 Prozent der Wohnungen vergleichsweise hohe Quadratmetermieten an. In über 7 Prozent der Wohnungen war der Mietpreis von über 8 Euro pro m² noch höher. Dabei gilt, je kleiner die Wohnung ist, desto höher ist der Mietpreis pro Quadratmeter. So betrug die durchschnittliche Bruttokaltmiete je m² bei kleinen Wohnungen mit einer Wohnfläche unter 40 m² 7,86 Euro. Große Wohnungen über 120 m² waren dagegen mit 4,68 Euro vergleichsweise günstig.

S 2 Bewohnte Mietwohnungen mit einer Bruttokaltmiete je m² Wohnfläche



S 3 Mietbelastung von Hauptmieterhaushalten

Angaben in %



*) Haupteinkommensbezieher
Quelle: Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010

Durch die Kombination mit Daten der Haushalte aus dem Mikrozensus können nicht nur Aussagen zu den Mietpreisen im Saarland gemacht werden, sondern auch zur finanziellen Belastung der Haushalte durch die Mietkosten. Der Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoeinkommen stellt die Mietbelastungsquote dar.²

Vergleichsweise höhere Mietbelastung der Haushalte als bundesweit

Die Hauptmieterhaushalte im Saarland mussten 2010 durchschnittlich 24 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für Miete aufwenden. In Deutschland insgesamt betrug der Anteil für Miete knapp 23 Prozent. Hier zeigt sich, dass trotz der vergleichsweise günstigen Mieten im Saarland, die Mietbelastung der Haushalte etwas höher ist, als in Deutschland insgesamt. In diesem Zusammenhang muss beachtet werden, dass es im Saarland vergleichsweise mehr Eigentümerhaushalte gibt, die im Schnitt auch über ein höheres Haushaltseinkommen verfügen als Mieterhaushalte. Ein zweiter Grund für die höhere Mietbelastungsquote dürfte der vergleichsweise geringe Anteil kleiner Wohnungen sein. Die Belastung der Haushalte durch die Miete differiert entsprechend der unterschiedlichen Haushaltsstrukturen beträchtlich. So geben Alleinlebende einen deutlich größeren Anteil ihres Einkommens für Miete aus, als Mehrpersonenhaushalte, in denen meist auch mehrere Personen zum Haushaltsnettoeinkommen beitragen. So mussten Alleinlebende 29 Prozent ihres Einkommens für Miete ausgeben, alleinlebende Frauen sogar ein Drittel (33 %). Zweipersonenhaushalte wendeten nur 23 Prozent und Drei- oder Vierpersonenhaushalte ein Fünftel (20 %) ihres Nettoeinkommens für Miete auf. Haushalte mit einem Einkommensbezieher hatten mit 28 Prozent eine deutlich höhere Mietbelastung als Haushalte mit zwei und mehr Einkommensbezieher (21 %). Die Miete schlug mit

einem Anteil von 31 Prozent bei Erwerbslosen und 30 Prozent bei Rentner und Rentnerinnen besonders zu Buche. Erwerbstätige mussten dagegen mit einem Anteil von 21 Prozent deutlich weniger ihres Einkommens für Miete aufwenden. Haushalte, in denen der Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund aufweist, haben mit einer Mietbelastungsquote von gut 25 Prozent eine etwas höhere Mietbelastung als Haushalte, mit Haupteinkommensbezieher ohne Migrationshintergrund (24 %). Mit 28 Prozent ist die Mietbelastungsquote von Haushalte mit einem Haupteinkommensbezieher, der eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, deutlich höher.

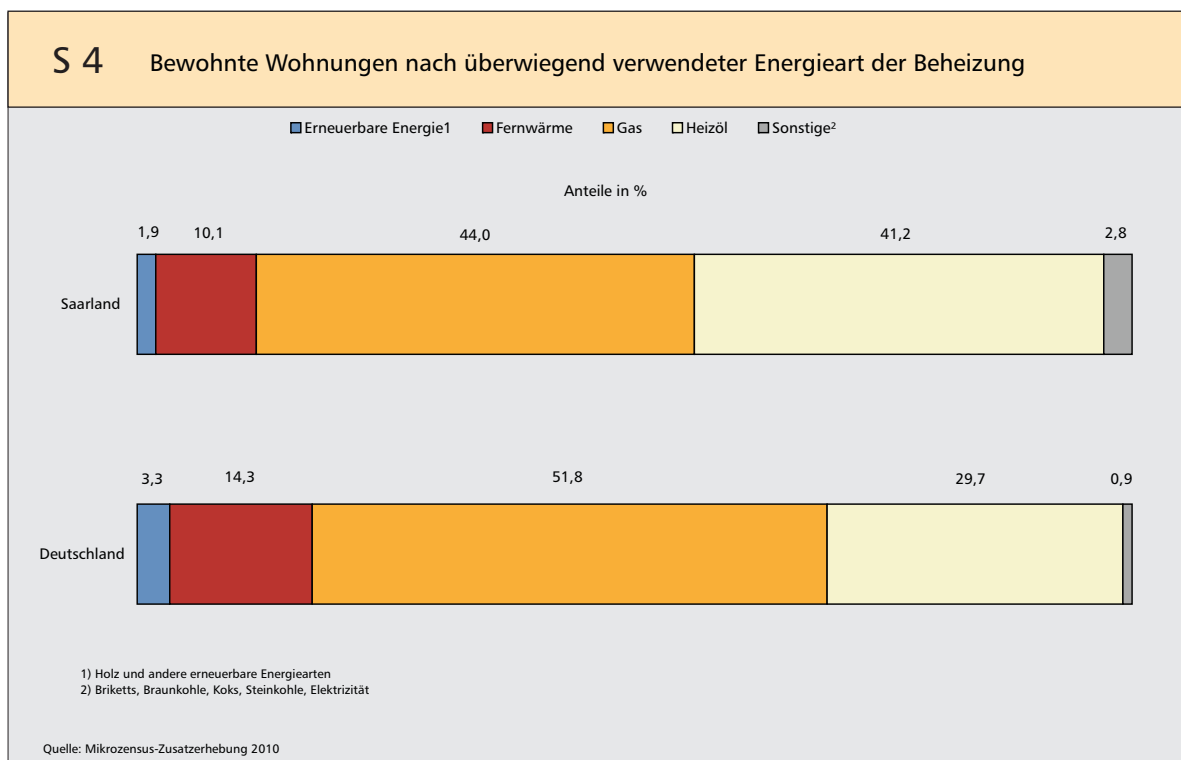
Energie für Heizung und Warmwasser

Ein zentrales Kriterium für die Bewertung der Ausstattung einer Wohnung sind die eingesetzten Heizungssysteme. Die Art der Beheizung der Wohnung hat zum einen eine wichtige Bedeutung für die Qualität der Wohnung. Zum anderen drückt sich damit auch der Modernisierungsgrad des Wohnungsbestandes insgesamt aus. Vor dem Hintergrund der energiepolitischen Debatte ist derzeit die Ausstattung mit modernen energiesparenden Heizsystemen und dem Einsatz erneuerbarer Energieträger von besonderer Bedeutung.

Ausstattung mit modernen energiesparenden Heizsystemen

Im Jahr 2010 besaß ein Großteil der Wohneinheiten im Saarland energiesparende Sammelheizungen. 83 Prozent der bewohnten Wohnungen wurden mit einer Block- oder Zentralheizung beheizt und 9 Prozent mit einer Fernheizung versorgt. Über weniger energiewirksame Einzel- oder Mehrraumheizungen verfügten 7 Prozent der Wohneinheiten. Hierzu zählen auch Nachtspeicherheizungen. Gegenüber der

² In dieser Analyse sind nur solche Hauptmieterhaushalte enthalten, die sowohl bei der Miete als auch beim Haushaltsnettoeinkommen eine Angabe gemacht haben.



Erhebung 2006 ist der Anteil dieser Heizungsart konstant geblieben. Je älter das Gebäude ist, umso höher ist der Anteil der Einzel- und Mehrraumöfen. So verwenden 14 Prozent der Wohnungen, die vor 1918 gebaut wurden, diese Art der Beheizung. In Deutschland insgesamt lag der Anteil der Wohnungen mit Einzel- oder Mehrraumheizungen 2010 ebenfalls bei 7 Prozent. Auch hier wurde der überwiegende Teil der Wohnungen mit Sammelheizungen beheizt. Dabei entfielen 80 Prozent auf Block- oder Zentralheizungen und 13 Prozent auf die Fernheizung.

Sammelheizung überwiegend mit Steinkohle, Koks, Braunkohle, Briketts oder Strom beheizt. Leicht angestiegen ist mit knapp 2 Prozent der Anteil der erneuerbaren Energieträger, wie Holz bzw. Holzpellets, Biomasse, Sonnenenergie, Erd-, Umwelt- und Abluftwärme. Der Anteil der Wohneinheiten, die mit diesen erneuerbaren Energieträgern beheizt werden, ist in Deutschland insgesamt mit einem Anteil von über 3 Prozent bereits deutlich höher als im Saarland.

Neben den verwendeten Energiearten für die Heizungssysteme wurde in der Mikrozensus-Zusatzerhebung auch nach der Energie für die Warmwasserversorgung gefragt. Als überwiegende Energieart bei der Erzeugung von Warmwasser dominierten Gas (34 %), Heizöl (30 %) und Strom (27 %). Danach folgte Fernwärme (5%) und erneuerbare Energie (gut 2 %). In vielen Wohnungen wurden allerdings noch weitere Energiequellen zur Warmwasserversorgung genutzt. So kamen in jeweils 4 Prozent der Wohnungen Strom und Sonnen-

Noch geringer Anteil erneuerbarer Energieträger

Hauptenergielieferant für die Sammelheizung in Wohnungen waren Gas und Heizöl. So wurde im Saarland als überwiegende Energieart zur Beheizung in 44 Prozent der Wohnungen Gas und in 41 Prozent Heizöl verwendet. Mit einem Anteil von 10 Prozent stand die Fernwärme an dritter Stelle. Andere fossile Energieträger oder Strom spielen für die Beheizung von Wohnraum nur eine untergeordnete Rolle. So werden weniger als 3 Prozent der Wohnungen mit

energie zusätzlich zum Aufheizen von Warmwasser zum Einsatz.

Fazit

Die Ergebnisse der Zusatzerhebung zur Wohnsituation des Mikrozensus 2010 zeigen einige wichtige Trends und Besonderheiten für das Saarland:

1. Das Saarland hat mit 64 Prozent die höchste Eigentümerquote aller Bundesländer. Sowohl die Zahl, als auch der Anteil der Wohnungen, die von Eigentümern selbst bewohnt wird, ist seit der letzten Erhebung angestiegen.
2. Mit einer Leerstandquote von 10 Prozent hat das Saarland den höchsten Anteil leerstehender Wohnungen unter den westdeutschen Bundesländern. Der Anteil der unbewohnten Wohnungen an allen Wohnungen ist seit 2006 deutlich gestiegen.
3. Saarländerinnen und Saarländer wohnen vergleichsweise großzügig. Mit einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 107 m² sind die Wohnungen in

Rheinland-Pfalz und im Saarland deutschlandweit am größten.

4. Im Saarland gibt es vergleichsweise weniger Mietwohnungen. Nur 36 Prozent der bewohnten Wohnungen sind Mietwohnungen. Vor allem kleine Wohnungen sind im saarländischen Wohnungsbestand unterrepräsentiert. So hat nur knapp jede vierte Mietwohnung eine Wohnfläche unter 60 m².

5. Trotz niedriger Bruttokaltmieten und niedrigerer Mietpreise pro m² schlägt die Miete im Saarland für die Haushaltsnettoeinkommen stärker zu Buche, als im Bundesschnitt.

Der demografische Wandel im Saarland zeigt bereits heute erste Auswirkungen auf dem Wohnungsmarkt. So ist der Anteil leerstehender Wohnungen deutlich angestiegen. Die saarländische Bevölkerung wird bis zum Jahr 2030 um rund 125 000 Einwohner weiter abnehmen und dabei deutlich altern³. Dieser Entwicklungstrend wird in Zukunft für den Wohnungsmarkt im Saarland von erheblicher Bedeutung sein.

³ Siehe elektronische Veröffentlichungen des Landesamtes für Zentrale Dienste, Statistisches Amt (2010): „Die Entwicklung der Bevölkerung im Saarland 2009 bis 2060“ mit Ergebnissen der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung für das Saarland, Variante W1.

Zum Ende der Bergbau-Ära im Saarland am 30. Juni 2012

Ein statistischer Rückblick



Von Reiner Haßler

Der „saarländische Bergbau“ ist in einer Vielzahl von Abhandlungen zu seiner Historie von den Anfängen bis zum heutigen Zeitpunkt dokumentiert. Dabei werden auch umfangreiche Detailangaben zu Grubenanlagen, Teuftiefen der Schächte oder Ähnlichem gemacht. Der vorliegende Beitrag stellt zunächst die historische Entwicklung des saarländischen Bergbaus dar und fasst dann die der amtlichen Statistik des Saarlandes vorliegenden „alten“ Ergebnisse seit dem Jahr 1766 zusammen. Die amtlichen Daten beziehen sich auf konjunkturrelevante Merkmale wie „Förderung“ und „Belegschaft“ nach „Hoheitsgebieten“. Die Daten weisen in dieser sehr langen Zeitreihe gewisse Abweichungen auf, wie z. B. den Wechsel zwischen Jahresdurchschnitts- und Jahresendwerten. Ihre Aussagekraft dürfte dennoch nicht geschmälert sein, vermitteln sie doch einen Gesamtüberblick über eine einzigartige Industriegeschichte an der Saar.

Vorzeitiges
Ende des saar-
ländischen
Bergbaus

Das politisch festgelegte Ende der deutschen Steinkohlenförderung wurde durch die „Große Kohlenrunde“, bestehend aus Vertretern der Bundesregierung, der Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und des Saarlandes, der RAG und der Bergbaugewerkschaft IGBCE, im Jahr 2007 im „Steinkohlefinanzierungsgesetz“ festgeschrieben. Die subventionierte Steinkohlenförderung wird 2018 in Deutschland endgültig auslaufen. Der saarländische Bergbau endete nach über 250-jähriger Geschichte vorzeitig am 30. Juni 2012 als Folge eines heftigen Grubenbebens am 23. Februar 2008, verursacht durch bergbauliche Tätigkeiten im Flöz Schwalbach. Die Erder-

schütterungen erreichten eine Stärke von 4,0 auf der Richterskala mit Schäden an mehr als 250 Gebäuden und gelten als die stärksten, die der Bergbau je in Deutschland verursacht hat¹. Diese dramatischen Ereignisse führten zu sehr „hitzigen öffentlichen Debatten an der Saar. Mit dem Beben schwand auch die Akzeptanz des Bergbaus bei der Bevölkerung“². Eine saarländische Industrieepoche fand somit ihr Ende – es ist endgültig „Schicht im Schacht“.

Die wirtschaftliche und soziokulturelle Bedeutung des Steinkohlenbergbaus in seiner wechselhaften Geschichte ist in unterschiedlichsten Werken beschrieben. Zuletzt

¹ Vgl. Kraus, Albert H.V.: „Von Blüte, Krise und Ende des Steinkohlenbergbaus an der Saar“, in: RAG AG (Hrsg.), Bergmannskalender 2012, S. 159.

² Ebenda.

Frühe Anfänge
des Bergbaus
dokumentiert

dokumentierte allgemein zugänglich die „Saarbrücker Zeitung“ in einer wöchentlichen Serie „die fantastische Geschichte des Bergbaus“.³

Das Schürfen nach Kohle reicht im Gebiet des heutigen Saarlandes bis weit in die Keltenzeit zurück, was Ausgrabungsfundstücke aus einem Frauengrab bei Rubenheim belegen.⁴ Ende des 14. Jahrhunderts sind erstmals Bergbaurechte in unserer Region urkundlich erwähnt.⁵ Erst mit einer Art Verstaatlichung endeten die Zeiten der wechselnden Eigentumsverhältnisse. Private Kohlengewinnung und der Verkauf wurden unter Strafe gestellt.⁶

Während der frühzeitliche, Jahrhunderte andauernde Kohlenabbau vorerst nur oberflächlich und durch schräg in die Tiefe getriebene Stollen und Schächte erfolgte (so genanntes „Wildes Kohlengraben am Flözausgehenden“⁷), hielt Anfang des 19. Jahrhunderts die Industrialisierung mit dem Einsatz von Dampfmaschinen auch im Kohlenbergbau Einzug. Im Jahr 1822 wurde der erste senkrechte Schacht in Hostenbach geteuft.⁸

Mit dem Wechsel der politischen Rahmenbedingungen änderten sich auch die „Besitzverhältnisse“ beim saarländischen Kohlenbergbau.⁹ Nach der Verstaatlichung der Kohlengruben durch Fürst Wilhelm Heinrich zu Nassau-Saarbrücken (1750-1793) gingen die Kohlenreviere in unterschiedliche

Hände über. Gemäß den politischen Grenzziehungen übernahmen in der Folgezeit Frankreich (1793-1815) bzw. Preußen und Bayern (1815-1917) die Gruben. Infolge des Versailler Vertrages von 1919 wurde das uneingeschränkte Eigentum an den Saargruben für eine Dauer von 15 Jahren der französischen Verwaltung übertragen.¹⁰ Im Jahr 1935 entschied sich die Bevölkerung des Saargebiets für die Rückkehr ins Deutsche Reich. Gegen eine Zahlung von 900 Millionen Goldfranken erwarb das Deutsche Reich das Eigentum an den Saargruben zurück.¹¹ Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Saarland wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen. Die Saargruben blieben bis 1953 unter französischer Verwaltung. Im Jahr 1957 wurde das bundes- und landeseigene Unternehmen Saarbergwerke AG gegründet. Dabei hielt der Bund 74 Prozent der Anteile und das Saarland den Rest. 1998 übernahm die RAG AG, vormals Ruhrkohle AG, die Saarbergwerke AG. Die bergbaulichen Aktivitäten an der Saar wurden fortan von der Deutschen Steinkohle AG betrieben, die aus der ehemaligen Ruhrkohle Bergbau AG hervorging. Nach Schließungen und Zusammenlegungen von einzelnen Bergwerken zu Verbundbergwerken (Verbund Ost mit Göttelborn/Reden und dem Förderstandort Göttelborn durch die Zusammenlegung der Gruben Camphausen, Göttelborn und Reden; Verbund West mit Warndt/Luisenthal und dem Förderstandort Warndt) bestand der saarländi-

Wechselnde
Besitz-
verhältnisse

³ Vgl. Saarbrücker Zeitung, Jg. 2012, Januar bis Juni 2012 wöchentliche Serie zum „Abschied vom Bergbau“.

⁴ Vgl. Müller, Herbert: „Der Bergbau in Deutschland begann mit der Keltengrube in Heinitz“, in: RAG AG (Hrsg.), a.a.O., S. 231ff. Eine 4 cm große Schmuckperle aus Kännelkohle ist dem Flöz Heinitz zuzuordnen.

⁵ Vgl. Wikipedia, „Bergbau im Saarland“ mit genannten Quellen.

⁶ Vgl. ebenda. Wilhelm Heinrich von Nassau-Saarbrücken kaufte 1750/51 sämtliche Gruben.

⁷ Vgl. Slotta, Delf: „Der Steinkohlenbergbau an der Saar“, in: RAG AG (Hrsg.), a.a.O., S. 78.

⁸ Vgl. Wikipedia, a.a.O.

⁹ Siehe hierzu Slotta, Delf, a.a.O., S.78ff.

¹⁰ Vgl. ebenda, S. 88.

¹¹ Vgl. Wikipedia, „Saargebiet“.

Dokumentation
des Bergbaus
seit 1766

sche Bergbau zuletzt nur noch als „Bergwerk Saar“ aus der Fortführung des ehemaligen Bergwerkes Ensdorf.¹²

Der fürstlichen Verwaltung unterstanden seit 1766 im Saargebiet zwölf Gruben.¹³ Im Jahr 1773 wurden bereits 45 Stollen mit 141 Bergleuten gezählt. Die Zahl der Bergleute erhöhte sich bis zum Jahr 1790 auf 270 und die Förderung dieser staatlichen Gruben erreichte bereits 50 000 Tonnen.

In den frühen Heften zur „Saarwirtschaftsstatistik“, herausgegeben „im Auftrage der Handelskammer zu Saarbrücken, des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet, der Fachgruppe der eisenschaffenden Industrie im Saargebiet und des Arbeitgeberverbandes der Saarindustrie E.V.“, beginnt die Dokumentation der „Förderung der preußisch-fiskalischen Gruben“ ab dem Jahr 1816. In jenem Jahr betrug die Förderung 100 320 Tonnen. In Abhängigkeit von po-

litischen und ökonomischen Rahmenbedingungen konnte sich der Bergbau weiter entwickeln. Die Schaffung eines zusammenhängenden Binnenmarktes (Deutscher Zollverein) und die rasch voranschreitende Industrialisierung (Bau von Eisenbahnlinien, Ausbau von Wasserstraßen) führten zu Kostenreduzierungen bei Förderung und Massenguttransport.

Die Förderleistung erhöhte sich recht kontinuierlich bis 1842, als die Ausbeute 500 000 Tonnen erstmals überschritt. Im Jahr 1854 wurde bereits mit 1,2 Mio. Tonnen mehr als die doppelte Menge gefördert. 1861 wurden schon über zwei Mio. Tonnen aus der Erde geholt. Die Zahl der Bergleute wird zu dieser Zeit mit über 12 000 angegeben.¹⁴ Nur wenige Jahre später wurde 1866 bei der Fördertonnage die 3-Mio.-Marke überschritten. Durch weiteren Technologieinsatz erhöhten sich die Fördermengen rasant. Im Jahr 1900 war die Zahl der Bergleute auf über 42 000 angestiegen, die För-

1861
Förderung über
2 Mio. Tonnen

T 1

Förderung der preußisch-fiskalischen Gruben 1816–1900

Jahr	Förderung t	Jahr	Förderung t	Jahr	Förderung t	Jahr	Förderung t	Jahr	Förderung t
1816	100 320	1833	187 853	1850	593 856	1867	3 171 125	1884	6 087 126
1817	94 963	1834	203 988	1851	679 268	1868	3 273 293	1885	6 049 031
1818	120 301	1835	207 260	1852	722 861	1869	3 444 895	1886	5 822 010
1819	107 053	1836	265 284	1853	938 202	1870	2 734 019	1887	5 973 068
1820	101 337	1837	323 294	1854	1 171 359	1871	3 203 968	1888	6 238 191
1821	114 655	1838	327 499	1855	1 484 183	1872	4 137 800	1889	6 083 514
1822	103 640	1839	397 264	1856	1 521 121	1873	4 268 620	1890	6 212 540
1823	94 607	1840	382 453	1857	1 729 423	1874	4 229 786	1891	6 389 960
1824	126 870	1841	442 038	1858	1 850 598	1875	4 481 839	1892	6 258 890
1825	142 904	1842	521 103	1859	1 674 412	1876	4 467 777	1893	5 883 177
1826	137 212	1843	423 142	1860	1 955 961	1877	4 395 232	1894	6 591 862
1827	166 995	1844	484 544	1861	2 090 744	1878	4 361 268	1895	6 886 098
1828	180 576	1845	528 051	1862	2 086 718	1879	4 474 961	1896	7 705 671
1829	179 531	1846	582 753	1863	2 197 115	1880	5 211 389	1897	8 258 404
1830	199 962	1847	576 512	1864	2 597 514	1881	5 119 468	1898	8 768 582
1831	174 433	1848	436 337	1865	2 872 999	1882	5 480 181	1899	9 025 072
1832	157 298	1849	496 717	1866	3 104 691	1883	5 892 821	1900	9 397 253

Quelle: Saarwirtschaftsstatistik, Heft 7, 1933, S. 16

¹² Vgl. Slotta, Delf, a.a.O., S. 92ff.

¹³ Schwalbach, Stangenmühle, Klarenthal, Gersweiler, Rußhütte, Jägersfreude, Friedrichsthal, Schiffweiler, Wellesweiler, Dudweiler, Sulzbach, Burbach. Vgl. Slotta, Delf, a.a.O., S. 78f.

¹⁴ Vgl. Slotta, Delf, a.a.O., S. 83.

T 2

Förderung des Saarreviers 1900—1919¹⁾

Jahr	Preußisches Saargebiet			Bayerische Saarpfalz			Saargebiet insgesamt t
	Preußisch-fiskal. Gruben t	Privatgrube Hostenbach t	Zusammen t	Bayerisch-fiskal. Gruben t	Privatgrube Frankenholz t	Zusammen t	
1900	9 397 253	94 127	9 491 380	230 402	247 884	478 286	9 969 666
1901	9 376 023	84 169	9 460 192	222 448	263 447	485 895	9 946 087
1902	9 493 667	77 980	9 571 647	225 582	267 786	493 368	10 065 015
1903	10 067 337	76 834	10 144 171	254 645	283 715	538 360	10 682 531
1904	10 364 777	96 752	10 461 529	277 032	302 984	580 016	11 041 545
1905	10 649 120	125 240	10 774 360	269 559	323 323	592 882	11 367 242
1906	11 140 421	143 378	11 283 799	303 878	334 347	638 225	11 922 024
1907	10 704 165	135 611	10 839 776	331 053	341 656	672 709	11 512 485
1908	11 078 807	144 238	11 223 045	339 797	322 076	661 873	11 884 918
1909	11 075 282	145 631	11 220 913	383 014	317 774	700 788	11 921 701
1910	10 833 428	148 421	10 981 849	413 506	321 073	734 579	11 716 428
1911	11 469 311	167 593	11 636 904	428 043	321 125	749 168	12 386 072
1912	11 669 273	181 938	11 851 211	451 957	333 520	785 477	12 636 688
1913	12 232 718	180 120	12 412 838	462 305	341 169	803 474	13 216 312
1914	9 278 252	99 770	9 378 022	372 750	280 272	653 022	10 031 044
1915	7 751 777	116 167	7 867 944	304 469	212 510	516 979	8 384 923
1916	8 276 145	133 009	8 409 154	290 546	202 354	492 900	8 902 054
1917	9 514 042	167 176	9 681 218	378 884	205 757	584 641	10 625 859
1918	9 221 498	152 718	9 374 216	390 751	224 441	615 192	9 989 408
1919	8 278 209	142 458	8 420 667	329 029	221 152	550 181	8 970 848

¹⁾ Nach Nettoförderung (heutige Methode) und Kalenderjahren.

Quelle: Saarlirtschaftsstatistik, Heft 7, 1933, S. 16

derung lag bei 9,4 Mio. Tonnen. Dabei hatte sich im Zeitraum von 1880 bis 1900 die Anzahl der eingesetzten Dampfmaschinen von 301 auf 783 erhöht.¹⁵ Bis zum Vor-

kriegsjahr 1913 wurde der Kohlenabbau weiter gesteigert bis auf über 13,2 Mio. Tonnen, und über 56 000 Bergleute waren „angelegt“ (Tabellen 1 und 2).

T 3

Kohlenbergbau

Förderung, Kokserzeugung, Belegschaft und Leistung der Saargruben

Jahr	Netto-Förderung			Koks- erzeugung ²⁾ t	Belegschaft am Jahresende		Durchschn. Schichtleistung des Arbeiters unter u. über Tage in kg
	Staatliche Gruben t	Verpachtete Gruben t	Insgesamt t		Arbeiter unter u. über Tage u. in Neben-Betrieben	Ingenieure und Angestellte	
1913 ¹⁾	12 875 140	341 169	13 216 309	249 668	56 589	—	803
1919	8 749 696	221 152	8 970 848	209 329	61 121	1 450	524
1920	9 198 714	211 719	9 410 433	239 637	71 383	2 962	481
1921	9 336 493	238 109	9 574 602	177 336	72 374	2 976	515
1922	10 943 311	296 692	11 240 003	253 120	72 790	3 019	606
1923	8 970 606	221 669	9 192 275	133 002	74 138	3 045	639
1924	13 648 046	384 072	14 032 118	216 099	74 908	3 157	708
1925	12 597 116	392 733	12 989 849	272 352	72 583	3 163	680
1926	13 318 819	362 055	13 680 874	255 270	73 807	3 665	692
1927	13 193 754	402 070	13 595 824	262 388	67 345	3 649	740
1928	12 661 797	444 921	13 106 718	267 399	59 912	3 420	811
1929	13 095 447	483 901	13 579 348	235 738	60 793	3 383	836
1930	12 751 542	484 229	13 235 771	306 998	57 202	3 357	874
1931	10 930 486	436 525	11 367 011	255 080	52 908	3 199	901
1932	10 055 993	382 056	10 438 049	215 696	45 365	2 806	1 034
1933	10 179 247	381 925	10 561 172	252 208	45 119	2 701	1 118

¹⁾ 1913 vergleichshalber nach der heutigen französischen Einteilung aufgestellt, die Schichtleistung gilt nur für die preuß.-fiskal. Gruben.

²⁾ Nur fiskalische Kokerei Heinitz, Gesamterzeugung Saargebiet s. S. 33.

Quelle: Saarlirtschaftsstatistik, Heft 7, 1933, S. 11

¹⁵ Vgl. Slotta, Delf, a.a.O., S. 86.

78 000 Be-
schäftigte im
Jahr 1924

In den 1920er-Jahren erreichte die Beschäftigung ihre höchsten Werte. Bis zu 78 000 Menschen fanden im Jahr 1924 ihr Auskommen im saarländischen Bergbau, 14 Mio. Tonnen betrug die Kohlenförderung im gleichen Jahr (Tabelle 3). Zu Beginn der 1930er-Jahre sank die jährliche Fördermenge infolge der Weltwirtschaftskrise auf ca. 11 Mio. Tonnen. Die Zahl der Bergleute fiel deutlich unter 50 000. Während des zweiten Weltkrieges erhöhte sich wieder die Nachfrage nach Kohle. Im Jahr 1943 wurden mit über 58 000 Beschäftigten 16,2 Mio. Tonnen Steinkohle gefördert.

Ab Kriegsende unterstanden die saarländischen Gruben bis 1953 der französischen Verwaltung (Tabelle 4). Die Förderung wurde nochmals auf über 16 Mio. Tonnen erhöht. Zum 1. Januar 1954 gründete sich das Unternehmen „Saarbergwerke“, des-

sen Vorstand von einem „Saargrubenrat“ überwacht wurde.¹⁶ Das Jahr 1955 verzeichnete die höchste Fördermenge in der Geschichte der Saargruben mit 17,2 Mio. Tonnen. Die Zahl der Bergleute betrug 63 000. Mit der im Jahr 1957 neu gegründeten Saarbergwerke AG erfolgte die „Verstaatlichung“ als bundes- und landeseigenes Unternehmen. Im gleichen Jahr waren im Saarland 18 Förderanlagen und 97 Schächte in Betrieb, die Kohlenförderung lag bei über 16 Mio. Tonnen.

Ab Ende der 1950er-Jahre veränderte sich der Absatzmarkt zugunsten der konkurrenzfähigeren Importkohle sowie zum Energieträger Mineralöl. Erste „Feierschichten“ mussten eingelegt werden. Der Anpassungsdruck verstärkte sich, sodass auch zum ersten Mal Gruben stillgelegt werden mussten. Die jährliche Fördermenge verrin-

17,2 Mio. Ton-
nen Förderung
im Jahr 1955

T 4

**Hauptübersicht über Belegschaft und Erzeugung des Saarbergbaues
und der saarländischen eisenschaffenden Industrie 1913 und 1929 bis 1949**

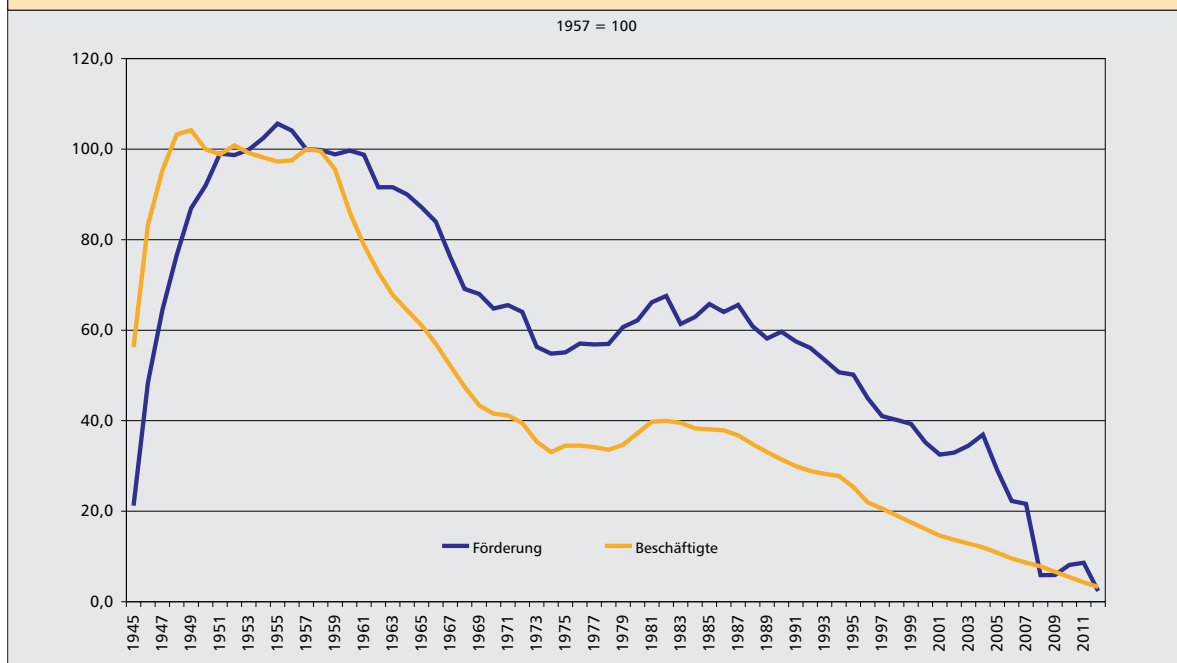
Jahr	Saargruben		Eisenschaffende Industrie				Koks u. Nebenproduktenerzeugung der Gruben und Hütten				
	Belegschaft 1) 2)	Steinkohlen- förderung in Tonnen	Belegschaft 2)	Roheisen- gewinnung	Rohstahl- gewinnung	Walzwerkleistung Fert.-Erzeug. Halb.z.Abs.	Koks	Rohteer	Ammoniak	Benzol	Thomas- schlacken m.
							in Tonnen				
1913	56 224	13 216 312	30 663	1 370 980 2)	2 079 825	1 496 309	1 615 370	73 874	17 217	7 822	337 031
1929	64 176	13 579 348	36 939	2 104 940	2 208 909	1 602 724	2 423 054	121 666	27 877	31 188	343 986
1930	60 559	13 235 771	33 376	1 912 444	1 934 794	1 413 418	2 559 714	135 171	29 166	35 645	310 129
1931	56 107	11 367 011	28 089	1 515 429	1 538 346	1 113 762	1 940 794	109 566	22 462	29 242	257 534
1932	49 171	10 438 049	21 993	1 349 493	1 463 429	994 447	1 684 914	94 466	19 394	26 951	237 710
1933	47 820	10 561 172	23 748	1 591 725	1 676 272	1 245 618	1 879 518	102 394	20 751	29 802	266 820
1934	46 962	11 317 700	26 230	1 825 665	1 950 418	1 445 899	2 179 539	118 948	23 065	35 496	322 681
1935	46 938 3)	10 613 740	27 848	1 936 556	2 126 546	1 556 143	2 334 001	129 454	25 146	38 751	344 469
1936	46 966	11 684 221	30 014	2 162 314	2 323 468	1 765 401	2 691 012	153 791	28 400	45 138	377 575
1937	47 913	13 372 253	30 654	2 186 565	2 350 321	1 824 754	2 843 560	163 150	28 113	47 747	349 645
1938	48 448	14 388 885	32 799	2 380 562	2 572 794	1 981 109	3 105 181	174 818	30 053	51 018	401 773
1939	36 351 4)	13 258 468	33 875	1 897 000	2 030 000	1 504 000	2 571 000	148 579	24 468	46 107	320 289
1940	50 508	11 293 340	24 789	1 035 000	1 127 000	798 000	1 762 000	96 296	15 571	31 202	174 458
1941	49 886	14 431 351	32 187	2 283 000	2 336 000	1 622 000	3 264 830	179 504	28 152	55 602	323 297
1942	53 881	15 290 263	35 700	2 163 000	2 255 000	1 469 000	3 241 000	176 531	25 244	52 749	320 551
1943	58 175	16 157 408	43 734	2 337 000	2 431 000	1 592 000	3 528 000	187 845	28 514	58 548	297 186
1944	33 978	12 384 552	42 904	1 689 000	1 816 000	1 166 000	2 312 000	163 477	20 986	50 429	211 771
1945	36 458	3 452 113	7 647	9 000	8 000	4 000	385 377	19 592	517	5 182	9 846
1946	53 973	7 897 480	13 453	246 470	288 203	194 304	881 379	48 222	3 909	12 479	12 467
1947	61 726	10 542 355	19 471	654 530	703 872	452 109	1 859 690	98 888	11 944	26 456	34 715
1948	66 890	12 567 327	25 330	1 134 377	1 216 555	813 988	2 789 762	143 300	19 972	42 100	161 827
1949	67 512	14 262 184	29 749	1 582 051	1 742 111	1 207 820	3 366 389	169 926	28 179	53 273	272 852

1) Jahresdurchschnitt, 2) Ohne Roheisengewinnung der saarl. Tochterwerke in Lothringen (974 176 T) und Luxemburg (14 931 T), 3) Ab 1935 Jahresende, 4) 1938 nur vorgewalztes Halbzeug, 5) Ab 1945 ohne das zur Wiederverwertung im Saarland bestimmte Halbzeug, 6) Infolge der Evakuierung vorübergehend ermäßigte Zahl.

Quelle: Statistisches Amt des Saarlandes, Handbuch 1950, S. 99

¹⁶ Siehe Slotta, Delf, a.a.O., S. 91f.

S 1 Steinkohlenförderung und Bergbaubeschäftigte im Saarland seit 1945



gerte sich im Zeitraum von 1960 bis 1970 von 16,2 Mio. Tonnen auf 10,6 Mio. Tonnen. Der Personalbestand ging im gleichen Zeitraum über die Hälfte von 55 800 auf rund 26 900 Beschäftigte zurück (Tab. 5).

Infolge der beiden Ölkrisen der Jahre 1973 und 1979 wurde die Bedeutung der heimischen Kohle für die Energieversorgung wieder stärker. Die Produktion erhöhte sich kurzfristig auf 11 Mio. Tonnen im Jahr 1982. „Mitte der 1980er-Jahre beendeten dann verschiedene, weitestgehend unvorhersehbare Entwicklungen die kurze Renaissance der deutschen Steinkohle: Der Preisverfall des Rohöls, die Stagnation des Primärenergieverbrauchs, der anhaltende Kursrückgang des US-Dollars und ein stetiger Rückgang der Kokskohle an die Stahlindustrie führten dazu, dass viele gerade begonnene Maßnahmen wieder in Frage gestellt wurden“.¹⁷ Die Förderung ging von da

an stetig zurück. Bereits im Jahr 1988 wurde die Förderhöhe von 10 Mio. Tonnen unterschritten. Im Jahr 1991 fiel die Mitarbeiterzahl unter die Schwelle von 20 000 Personen. Innerhalb der folgenden zehn Jahre halbierte sich die Zahl der Bergleute im Saarland erneut – auf nun weniger als 10 000. Im Jahr 2001 wurden noch 5,3 Mio. Tonnen Kohle gefördert.

Der 23. Februar 2008 besiegelte das vorzeitige Ende des saarländischen Bergbaus. Der Abbau im Flöz Schwalbach, Feld Primsmulde Süd, verursachte die bis dahin größten Erderschütterungen. Der anschließend lediglich noch genehmigte Abbaubereich Grangeleisen und Wahlschied führte zu Fördereinbußen. Im „Schicksalsjahr 2008“ sowie im darauf folgenden Jahr blieb die Förderung unter 1 Mio. Tonnen, um in den Jahren 2010 und 2011 wieder auf über 1,3 Mio. Tonnen anzusteigen. Im ersten Halb-

Anpassungsdruck nahm zu

¹⁷ Slotta, Delf, a.a.O., S. 98.

**T 5 Steinkohlenförderung und Bergbaubeschäftigte im Saarland
1945 bis 1. Halbjahr 2012**

Jahr	Steinkohlen- förderung	Beschäftigte	Jahr	Steinkohlen- förderung	Beschäftigte
	Tonnen verwert- bare Förderung	Anzahl		Tonnen verwert- bare Förderung	Anzahl
1945	3 461 789	36 458	1979	9 888 305	22 464
1946	7 886 865	53 973	1980	10 128 427	24 124
1947	10 485 130	61 726	1981	10 777 413	25 757
1948	12 476 123	66 890	1982	11 008 513	25 889
1949	14 160 879	67 512	1983	9 998 434	25 605
1950	14 984 635	64 753	1984	10 248 567	24 818
1951	16 129 004	64 044	1985	10 714 374	24 689
1952	16 077 760	65 325	1986	10 428 010	24 521
1953	16 267 880	64 238	1987	10 685 433	23 815
1954	16 685 809	63 583	1988	9 916 978	22 577
1955	17 205 730	63 001	1989	9 473 410	21 416
1956	16 956 226	63 175	1990	9 718 651	20 369
1957	16 289 598	64 783	1991	9 367 384	19 414
1958	16 255 792	64 500	1992	9 138 840	18 714
1959	16 100 549	61 896	1993	8 705 312	18 315
1960	16 233 725	55 803	1994	8 255 575	17 997
1961	16 090 138	51 046	1995	8 175 591	16 430
1962	14 918 909	47 152	1996	7 324 812	14 231
1963	14 914 861	43 931	1997	6 678 620	13 350
1964	14 657 011	41 718	1998	6 546 539	12 350
1965	14 196 768	39 605	1999	6 403 508	11 355
1966	13 679 106	36 894	2000	5 736 520	10 404
1967	12 412 227	33 802	2001	5 294 917	9 467
1968	11 260 485	30 768	2002	5 364 391	8 881
1969	11 075 466	28 097	2003	5 621 835	8 321
1970	10 554 096	26 930	2004	6 013 829	7 794
1971	10 677 208	26 678	2005	4 730 464	7 015
1972	10 428 645	25 589	2006	3 628 930	6 197
1973	9 175 309	22 914	2007	3 525 815	5 604
1974	8 929 715	21 411	2008	956 799	5 062
1975	8 974 581	22 359	2009	962 276	4 305
1976	9 294 646	22 336	2010	1 325 800	3 561
1977	9 260 603	22 154	2011	1 406 600	2 772
1978	9 277 588	21 764	2012 *)	395 200	2 123

Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (www.kohlenstatistik.de) und eigene Veröffentlichungen des Stat. Amtes und Vorgänger

*) 1. Halbjahr 2012

jahr 2012 lag die Förderung im saarländischen Bergbau nur noch bei 395 000 Tonnen. Die Zahl der Bergbau-Beschäftigten betrug im Durchschnitt der Monate Januar bis Juni 2 100. Mit der „Mettenschicht“ am 30. Juni 2012 endete der Abbau der Steinkohle

im Saarland. Über Jahrhunderte hinweg hatte der Bergbau das Land und seine Menschen geprägt – von nun an ist er Teil der saarländischen Geschichte.

Versorgungsempfänger des Landes

Stand und Entwicklung

Von Alwin Baus

Die Versorgungsausgaben für ehemalige Beamte und deren Familie belasten zunehmend die öffentlichen Kassen und dabei insbesondere die Haushalte der Bundesländer. Da für die Beamtenpensionen keine Rücklagen gebildet wurden, müssen sie aus den aktuellen Einnahmen des ehemaligen Dienstherrn bestritten werden. Mehr noch als beim aktiven Personal sind die Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung dieser Ausgabenkategorie begrenzt. Denn die wesentlichen Bestimmungsfaktoren wurden in der Vergangenheit gesetzt und Änderungsmaßnahmen im Versorgungsrecht zeigen erst auf längere Sicht Wirkung. Über Stand und Entwicklung der Versorgungsempfänger des Saarlandes informiert der nachfolgende Artikel.

Einleitung

Hoher
Personalkosten-
anteil

Die Tätigkeitsbereiche von Bund, Ländern und Kommunen bilden den Kern des öffentlichen Dienstes. Dabei beschäftigen die Länder von den drei Gebietskörperschaftsebenen mit Abstand das meiste Personal, da ihnen im föderalistischen System die besonders personalintensiven Aufgabenbereiche, u. a. Schulen und Polizei, zugewiesen sind. Der Personalkostenanteil in den Länderhaushalten ist dementsprechend hoch, wofür nicht nur die Ausgaben für das aktive Personal, sondern in zunehmendem Maße auch die Versorgungszahlungen für die Ruhestandsbeamten und ihre Angehörigen verantwortlich sind. Denn anders als die Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft oder auch die Tarifbeschäftigten – vormals Angestellte und Arbeiter – im öffentlichen Dienst unterliegen Beamte keiner Rentenversicherungspflicht, sondern erhalten auch nach ihrem Ausscheiden aus dem akti-

ven Dienst ihre (Alters-)Bezüge aus den Kassen des ehemaligen Dienstherrn. Die so entstehenden Versorgungsansprüche lasten insbesondere auf den Ländern.

Zur Abschätzung der zu erwartenden künftigen Versorgungsleistungen war die Bundesregierung Anfang der 1990er Jahre zur regelmäßigen Erstellung eines „Versorgungsberichtes“ verpflichtet worden¹. Zu Beginn jeder Wahlperiode sollte ein solcher Bericht für den gesamten öffentlichen Dienst nicht nur eine Bestandsaufnahme liefern, sondern mit Hilfe von Modellrechnungen auch eine längerfristige Prognose erlauben. Um die notwendigen Datengrundlagen zu schaffen, war damals u. a. die amtliche Versorgungsempfängerstatistik erheblich ausgeweitet worden. 1996 erschien der erste, auf Daten der Versorgungsempfängerstatistik 1994 fußende Versorgungsbericht. Darin aufgezeigte Fehlentwicklungen und die prognostizierten Ausgabenanstiege

¹ Artikel 17 des Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften (BeamVGÄndG) vom 18.12.1989 (BGBl. I S. 2218)

Beamtenrecht
jetzt
Ländersache

alarmierten die Politik und führten zeitnah zu einer Reihe restriktiver Anpassungen im Beamtenversorgungsrecht.

Im Rahmen der Föderalismusreform (Stufe I) wurde 2006 die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes aufgehoben, von der er zuvor u. a. durch den Erlass des Beamtenrechtsrahmengesetzes Gebrauch gemacht hatte; die Regelung von Besoldung, Versorgung und Dienstrecht der Landesbeamten fällt nun in die Gesetzgebungskompetenz der Länder. Als Nebenwirkung dieser Änderung ist seitdem in den Versorgungsberichten der Bundesregierung der Länderbereich ausgeklammert und gibt es in der Folge keine aktuellen – bzw. zumindest keine nach einheitlichen Vorgaben erstellten und daher vergleichbaren – Versorgungsberichte mehr für die Bundesländer.

Im Nachfolgenden sollen für das Saarland anhand der Statistikergebnisse eine aktuelle Bestandsaufnahme der Versorgungsempfänger des Landes vorgenommen und Entwicklungen aufgezeigt werden.

Beamtenversorgung und Versorgungsempfängerstatistik

Der Beschäftigung von Beamten erfolgt auf Basis eines öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses, das den Arbeitgeber, den Dienstherrn, zur Fürsorge für den Beamten und seine Familie auch nach Beendigung des aktiven Dienstverhältnisses verpflichtet. Dies schließt die Zahlung von Versorgungsbezügen in Form von

- Ruhegehalt an ehemalige Beamte und Beamtinnen,
- Witwen-/Witwergeld an Ehegatten/-innen verstorbener Beamter/-innen, sowie

- Waisengeld an Kinder (Halb- und Vollwaisen) verstorbener Beamter/-innen ein.

Die Höhe der Versorgungsbezüge richtet sich nach der erreichten Besoldungsstufe und der Dauer der Dienstzeit. Die Anzahl der Dienstjahre multipliziert mit einem gesetzlich fixierten Faktor ergibt den individuellen Ruhegehaltssatz, ausgedrückt in Prozent². Angelegt auf die zuletzt erhaltenen Aktivbezüge errechnet sich das Ruhegehalt; die Versorgungsbezüge für die Hinterbliebenen werden vom Ruhegehalt anteilig abgeleitet.

Die Versorgungsempfängerstatistik wird in ihrer derzeitigen Form – d. h. als jährliche Individualerhebung mit einem umfangreichen Merkmalskatalog zum Stichtag 1. Januar – seit 1994 durchgeführt. Die erfragten Angaben beziehen sich zum einen auf den „Versorgungsurheber“, d. h., den Beamten, der den Versorgungsanspruch begründete, und zum anderen auf den Bezieher der Versorgungsbezüge. Nur bei Zahlung von Ruhegehalt ist hier Personaleinheit gegeben. Neben unmittelbar mit der Höhe der Versorgungsbezüge zusammenhängenden Angaben – beispielsweise Besoldungsgruppe und Ruhegehaltssatz – wird auch nach dem ehemaligen Tätigkeitsbereich gefragt. Zusätzlich zu den Daten für den Bestand an Versorgungsempfängern zum Erhebungsstichtag werden weitergehende Angaben für die innerhalb der letzten 12 Monate neu hinzugekommenen oder abgegangenen Versorgungsfälle erhoben³. Die Meldung der benötigten Daten an die Statistik erfolgt durch die für die Zahlbarmachung der Bezüge zuständigen Stellen; im Saarland ist dies für Versorgungs-

Umfangreiche
Angaben aus
Statistik

² Der erreichbare Höchstruhegehaltssatz wurde stufenweise von 75 Prozent auf 71,75 Prozent gesenkt

³ Stichtag der Versorgungsempfängerstatistik ist zwar jährlich der 1. Januar; die Angaben, insbesondere für Zu- und Abgänge, beziehen sich aber auf das vorangegangene Jahr, d.h.: Berichtsjahr = Statistikjahr – 1.

empfänger des Landes die Zentrale Besoldungsstelle (ZBS).

Langfristige Entwicklung

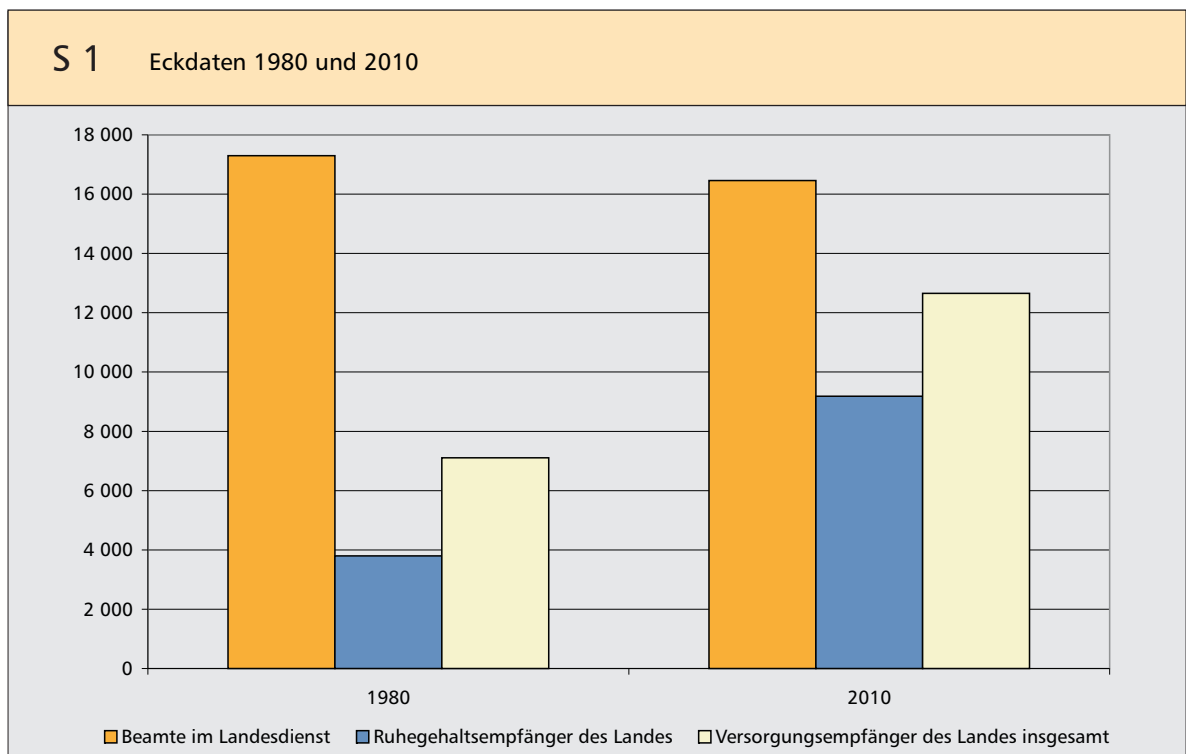
Beamtenzahl
rückläufig

Die Gegenüberstellung der Zahl der Ruhestandsbeamten und der Beamten im aktiven Dienst veranschaulicht die zunehmende haushaltsmäßige Relevanz des Themas Versorgung. Mitte 1980 standen nach der Personalstandstatistik 17 299 Beamte⁴ im unmittelbaren Dienst des Saarlandes. Im gleichen Jahr erhielten laut Versorgungsempfängerstatistik 3 799 ehemalige Beamte Ruhestandsbezüge aus der Landeskasse, das Verhältnis zwischen beiden Gruppen betrug demnach 4,6 zu 1. Dreißig Jahre später ist die Zahl der Beamten im Landesdienst auf unter 16 500 gesunken, während die Anzahl der Ruhegehaltsempfänger auf fast 9 200 angestiegen ist. D. h. wäh-

rend sich die Beamtenzahl im aktiven Dienst um fünf Prozent verringert hat, ist die Zahl der Ruheständler auf das fast Zweieinhalbfache angestiegen; die Relation zwischen beiden Gruppen ist dadurch auf nur noch 1,8:1 gefallen. Die Zahl der Versorgungsempfänger des Landes insgesamt hat im betrachteten Zeitraum um 78 Prozent von 7 104 auf 12 653 zugenommen; damit verbunden war ein Anstieg der entsprechenden Ausgaben von 194 Mio. DM (=99,3 Mio. €) im Haushaltsjahr 1980 auf 403,7 Mio. € im Jahr 2010⁵.

Starker Anstieg
der Versorgungsempfänger

Da erst mit der neu konzipierten Statistik ab 1994 detaillierte Einzelangaben für die Versorgungsempfänger zur Verfügung stehen, wurde für die nachfolgenden Ausführungen der Betrachtungszeitraum 1995 - 2010 zugrunde gelegt. Dabei zeigt sich zunächst, dass es in den letzten 15 Jahren zu einem



⁴ Beamte und Richter.

⁵ Aufgrund von Änderungen in der Organisationsstruktur der Landesverwaltung sind die Personalausgaben laut Haushaltsplan 2010 nur eingeschränkt mit denen des Jahres 1980 vergleichbar; die Quotenberechnung (Versorgungsausgaben / Personalausgaben insgesamt) würde deshalb zu verzerrten Ergebnissen führen und unterbleibt daher an dieser Stelle.

T 1 Versorgungsempfänger nach Art der Versorgung 1995-2010

Jahr	Versorgungsempfänger insgesamt	davon Empfänger von				
		Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Halbwaisengeld	Vollwaisengeld	sonstige Versorgungsleistungen
1995	9 021	5 700	2 846	278	83	114
2000	10 090	6 605	3 038	246	91	110
2005	11 506	7 997	3 078	224	100	107
2010	12 653	9 183	3 105	168	92	105

beschleunigten Anstieg gekommen ist: von 1980 - 1995 hat die Zahl der Versorgungsempfänger des Landes insgesamt um 27 Prozent und die der Ruhegehaltsempfänger um 50 Prozent zugenommen; von 1995 - 2010 ergeben sich dagegen Steigerungsraten von 40 bzw. 61 Prozent.

Empfänger von Ruhegehalt überwiegen

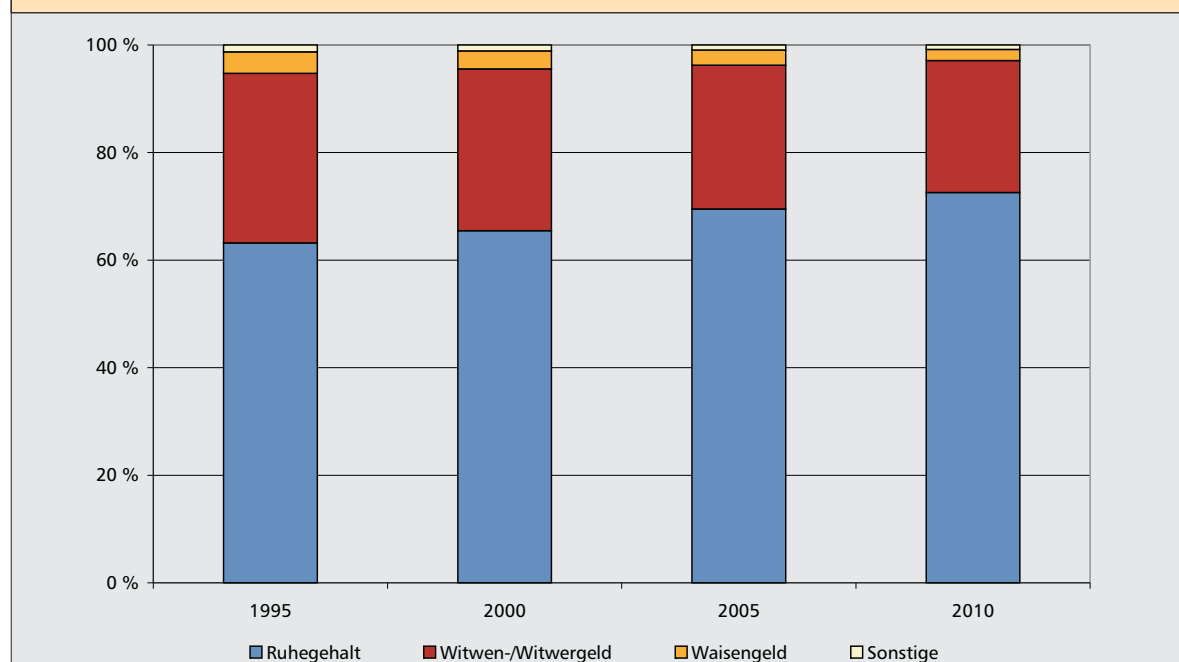
Bezug von Ruhegehalt am häufigsten

Der Großteil der Versorgungsempfänger erhält Ruhegehalt als Ruhestandsbeamter; der Anteil dieser Versorgungsart nimmt stetig zu, von etwas über 63 Prozent im Jahr 1995

ist er auf fast 73 Prozent im Jahr 2010 angestiegen. Im Gegenzug hat das Gewicht der Hinterbliebenenversorgung deutlich abgenommen: der Anteil der Empfänger von Witwen-/Witwergeld ist während der betrachteten 15 Jahre von fast einem Drittel auf unter ein Viertel zurückgegangen und bei den Waisengeldempfängern fand eine Halbierung des Prozentsatzes auf nur noch 2 Prozent statt.

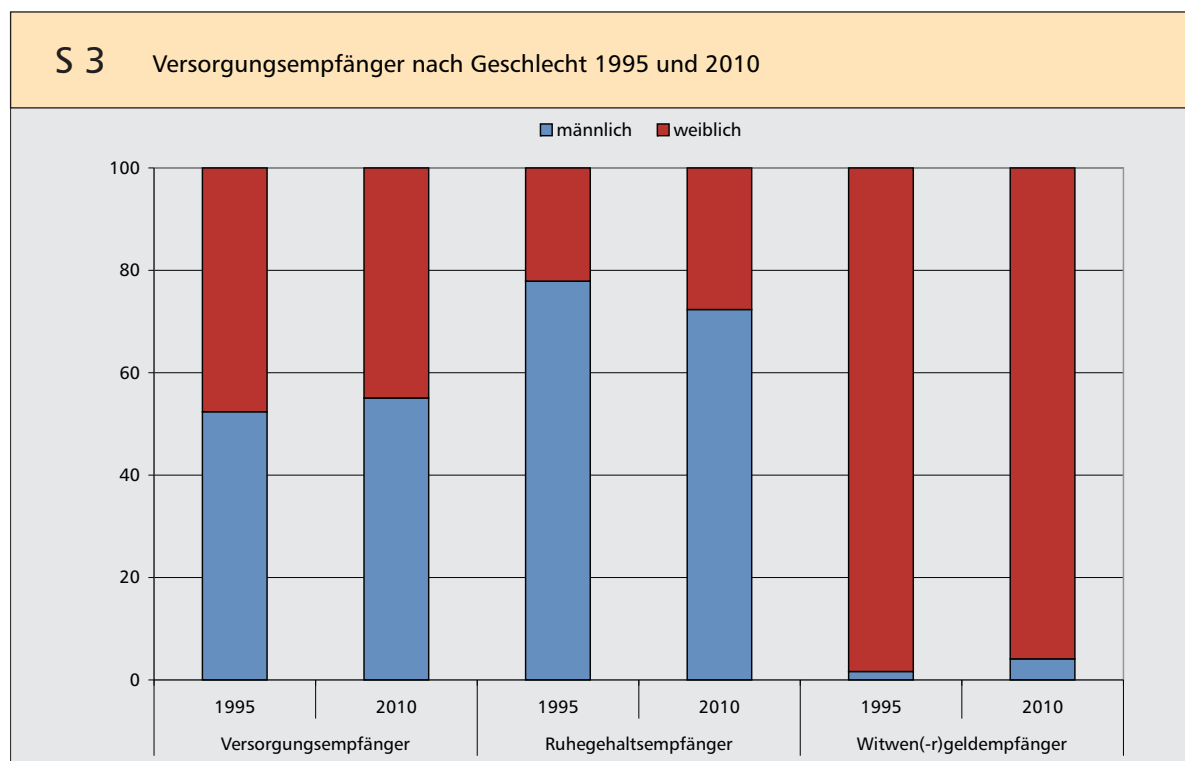
1995 war die Geschlechtsverteilung unter den Versorgungsempfängern nahezu ausgewogen, die Männer lagen mit einem Anteil von 52,4 Prozent nur leicht vorn; mitt-

S 2 Versorgungsempfänger nach Art der Versorgung



lerweile haben sie ihren Vorsprung auf 55,1 Prozent vergrößert. Weitaus einseitigere Geschlechterproportionen offenbaren sich jedoch bei der Unterscheidung nach den einzelnen Versorgungsarten:

nen zu dem Versorgungsurheber, also zu dem Beamten, der durch seinen Dienst den Anspruch begründet hat. Dazu gehört auch die grobe Angabe von dessen ehemaligem Tätigkeitsbereich.



Hinterbliebenenversorgung für Frauen

Unter den Ruhegehaltsempfängern herrscht immer noch eine ausgeprägte Dominanz der Männer vor; immerhin ist ihr Anteil in den letzten 15 Jahren aber von fast 78 auf 72,3 Prozent zurückgegangen. D. h. umgekehrt, dass der Frauenanteil 2010 zumindest auf klar über ein Viertel angestiegen ist. Eine noch krassere Ungleichverteilung zeigt sich bei der Versorgung der hinterbliebenen Ehepartner: 1995 handelte es sich zu 99 Prozent um Witwen ehemaliger Beamter und auch 2010 sind es immer noch zu 96 Prozent Frauen, die diese Art von Versorgung beziehen.

Vor allem ehemalige Lehrerinnen und Lehrer

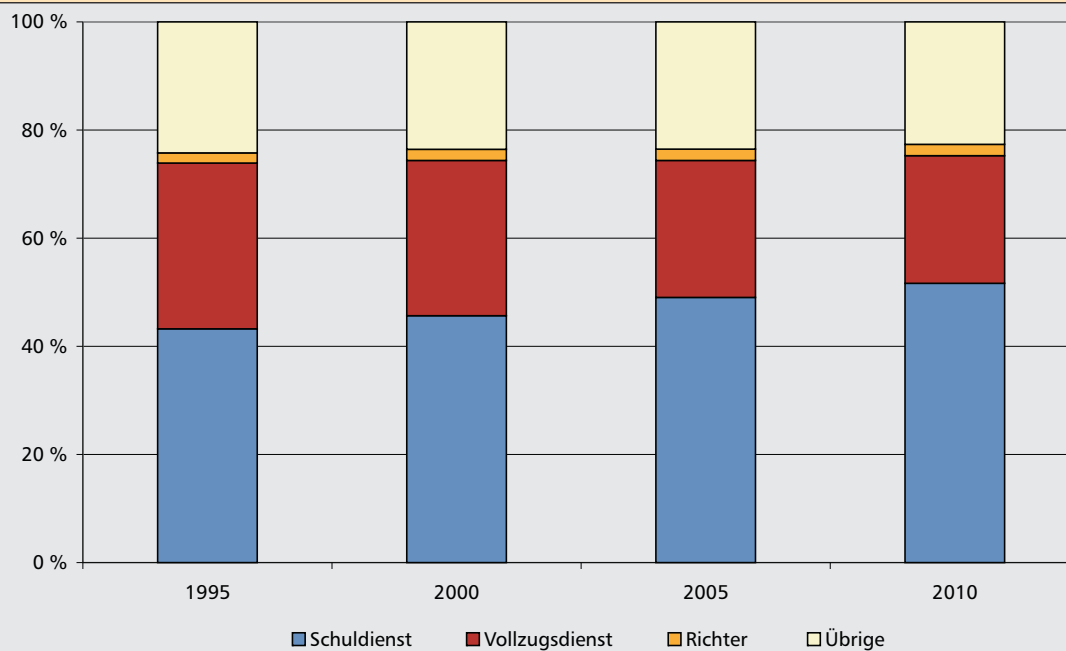
Der Statistikdatensatz für jeden Versorgungsempfänger enthält auch Informatio-

Die meisten heutigen Beamten im Ruhestand bzw. Versorgungsurheber waren an Schulen eingesetzt, waren also Lehrerinnen und Lehrer. Zu Beginn des Beobachtungszeitraums lag der Anteil des Schulbereichs bereits bei 43,2 Prozent, nun ist er sogar auf über die Hälfte (51,6 %) angestiegen. Entsprechend rückläufig waren die Anteile der anderen Bereiche, insbesondere der des Vollzugsdienstes, der von über 30 Prozent auf unter ein Viertel (23,6 %) zurückging. Der Anteil aller übrigen Bereiche sank von 24,2 auf 22,6 Prozent.

Schulbereich stark vertreten

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung der ehemaligen Tätigkeitsbereiche der Ruhestandsbeamten zeigt sehr unterschiedliche Einsatzmuster von Männern und Frauen.

S 4 Versorgungsurheber nach ehemaligem Tätigkeitsbereich

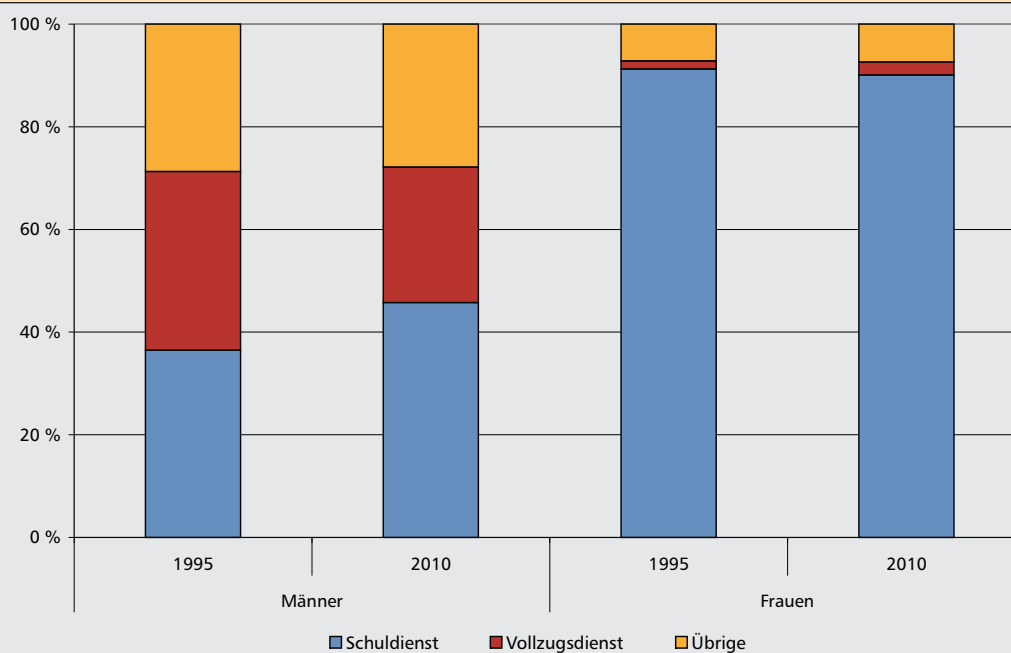


Bei den ehemaligen Beamtinnen dominiert eindeutig der Schuldienst: mehr als neun von 10 waren als Lehrkraft tätig gewesen und diese Konzentration auf nur einen Be-

reich hat zwischen 1995 (mit 91,3 %) und 2010 (mit 90,1 %) nur unwesentlich abgenommen. Deutlich weniger einseitig und mit mehr Veränderung stellt sich die Tätig-

Frauen im
Lehrerberuf

S 5 Ruhegehaltsempfänger nach Geschlecht und ehemaligem Tätigkeitsbereich



keitsverteilung bei den Männern dar. Die ehemaligen Lehrer stellen zwar auch hier die größte Gruppe dar, aber 1995 lagen die Anteile von Schul- und Vollzugsdienst bei ihnen mit 36,5 bzw. 34,8 Prozent noch dicht beieinander. Erst danach ist der Lehreranteil auf fast 46 Prozent angestiegen, während der der Vollzugsbeamten auf 26,4 Prozent gefallen ist. Für die sonstigen Bereiche ist ein vergleichsweise stabiler Anteil um die 28 Prozent zu verzeichnen.

Meistens gehobener Dienst

Die Stellenplanstruktur der beiden Haupttätigkeitsbereiche bestimmt maßgeblich die Verteilung der Versorgungsurheber nach Laufbahngruppen.

Über den ganzen Beobachtungszeitraum dominierend zeigt sich die Laufbahnzugehörigkeit zum gehobenen Dienst; der entsprechende Prozentsatz hat sich stetig von 45,3 Prozent im Jahr 1995 auf nun 53 Prozent erhöht. Leicht auf über ein Viertel

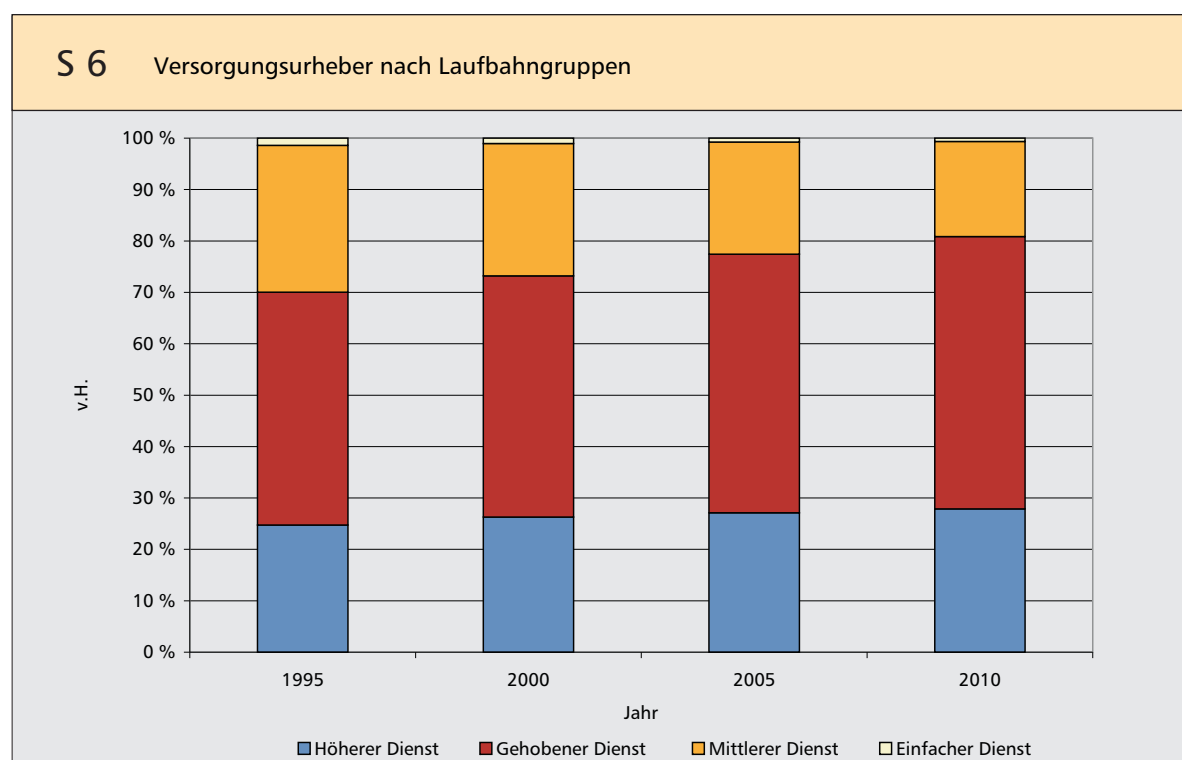
(27,9 %) angestiegen ist auch der Anteil des höheren Dienstes, wohingegen bei der Zugehörigkeit zum mittleren Dienst ein deutlicher Rückgang – von 28,6 auf 18,5 Prozent – eingetreten ist. Nahezu im Verschwinden begriffen sind Versorgungsurheber aus dem einfachen Dienstes, 2010 lag der Anteilswert bei unter einem Prozent.

Immer mehr über 70-jährige

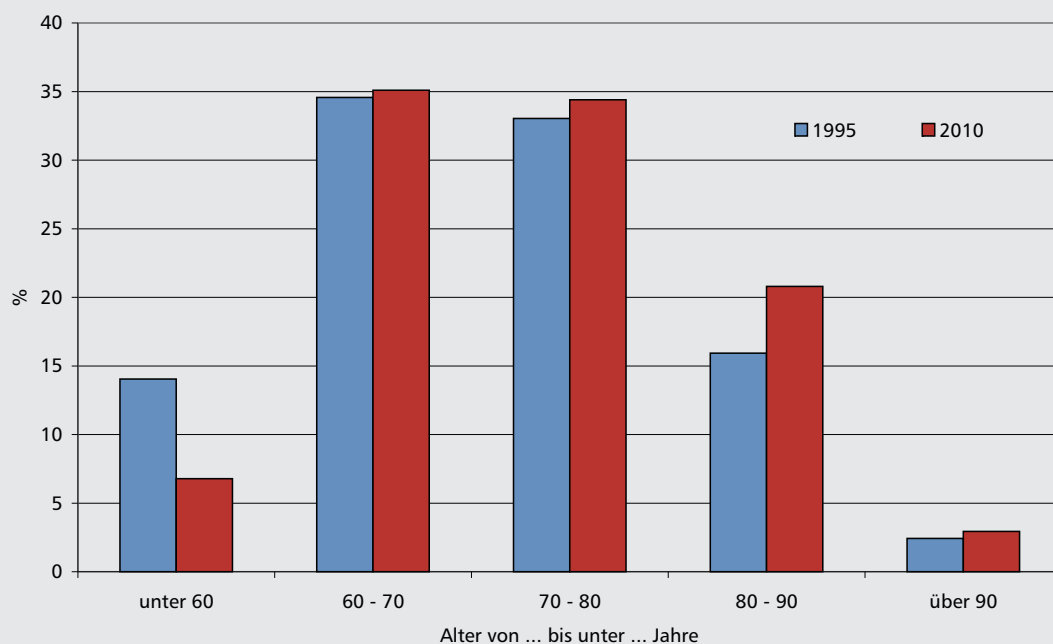
Die Altersverteilung der Bezieher von Versorgungsbezügen zeigt eine Konzentration auf die beiden Zehnjahresintervalle zwischen 60 und 70 bzw. zwischen 70 und 80. In dieser Hinsicht haben im Zeitraum 1995 - 2010 kaum Veränderungen stattgefunden, jeweils etwas mehr als ein Drittel der Versorgungsempfänger gehören diesen Altersjahrzehnten an. In den Altersbereichen unter 60 und über 80 haben dagegen in den vergangenen 15 Jahren markantere Verschiebungen zugunsten der „Älteren“ stattgefunden.

Empfänger
immer älter

Obere Lauf-
bahngruppen
nehmen zu



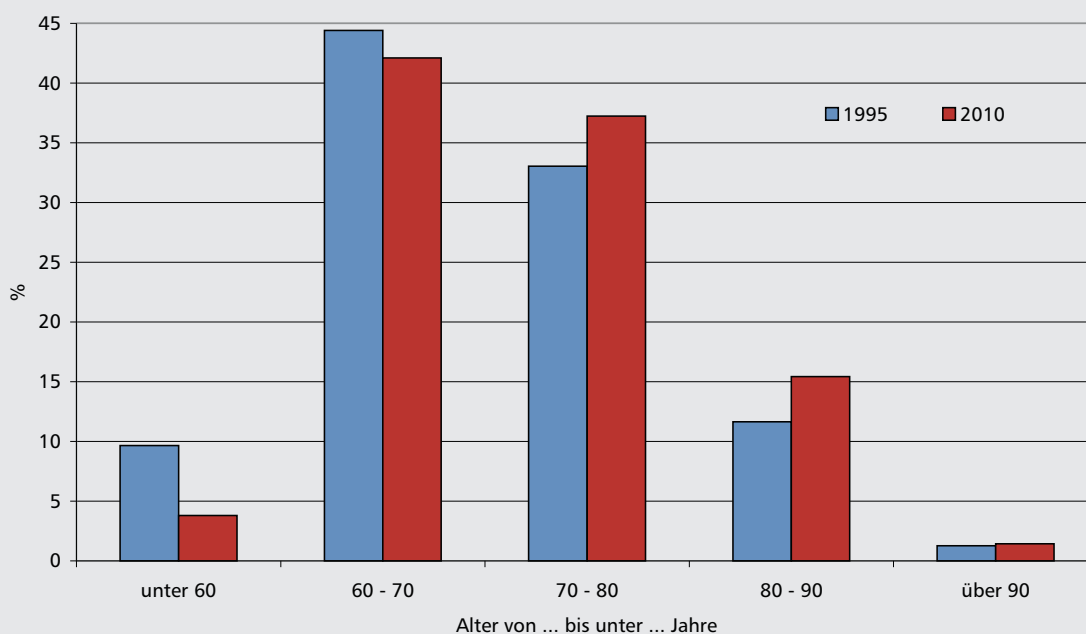
S 7 Altersstruktur der Versorgungsempfänger 1995 und 2010

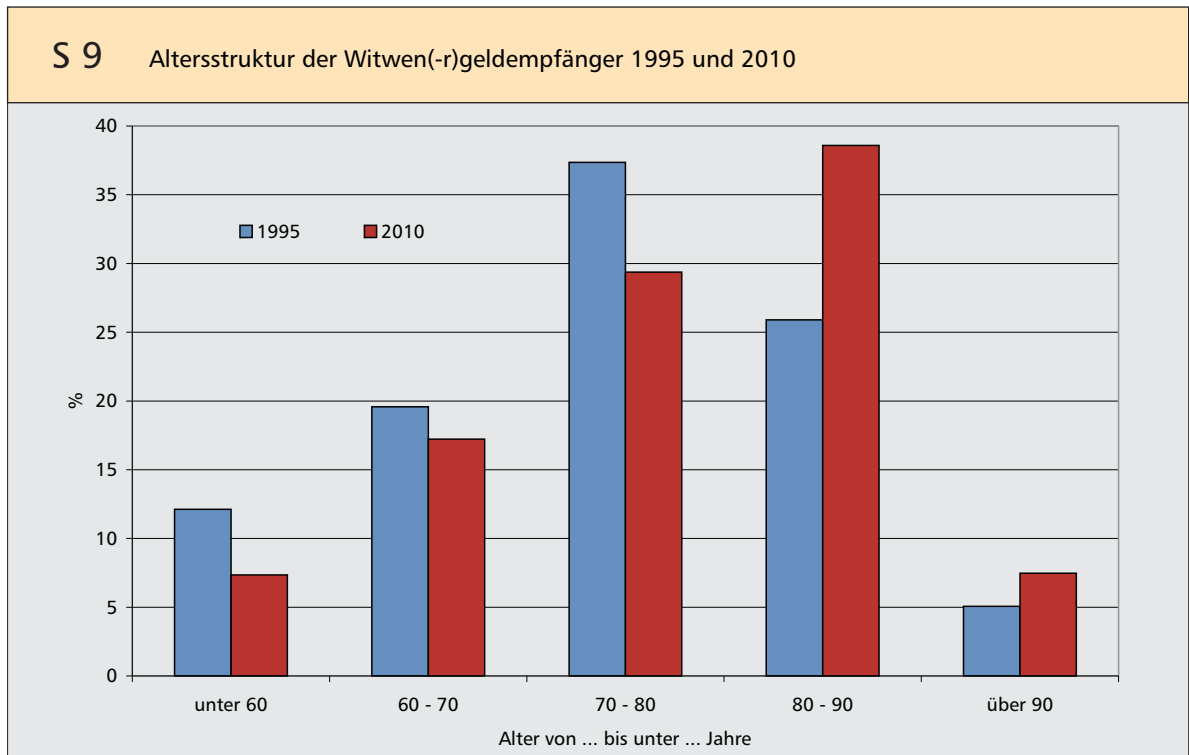


Bei der Betrachtung nur der Ruhegehaltsempfänger zeigt sich insgesamt ein deutlicheres nach Rechtsrücken auf der Altersskala.

Das gilt insbesondere auch für die beiden mittleren Jahrzehnte, denen zusammen über drei Viertel der Ruhestandsbeamten angehören.

S 8 Altersstruktur der Ruhegehaltsempfänger 1995 und 2010





Witwen meist
über 80

Die stärksten Verschiebungen zeigen sich in der Altersstruktur der – überwiegend weiblichen – Bezieher von Hinterbliebenenversorgung als Ehegattin bzw. Ehegatte eines verstorbenen Beamten oder einer verstorbenen Beamtin. Das Altersjahrzehnt zwischen 80 und 90 verzeichnet hier mittlerweile die höchste Besetzungszahl (38,6 %), während 15 Jahre zuvor nur ein Viertel in dieses Intervall fiel.

Ruhestandseintritt erfolgt später

Ziel der nach dem 1. Versorgungsbericht vorgenommenen rechtlichen Anpassungen war u. a., den Anteil der Fälle von vorzeitigem Ruhestandseintritt zurückzuführen und das tatsächliche Eintrittsalter verstärkt den Regelaltersgrenzen anzunähern. Anhand der in der Versorgungsempfängerstatistik erhobenen Angaben für die im abgelaufenen Jahr hinzugekommenen neuen Ruhegehaltsempfänger⁶ wird dies nachfol-

gend für die ausgewählten Jahre stichprobenartig untersucht.

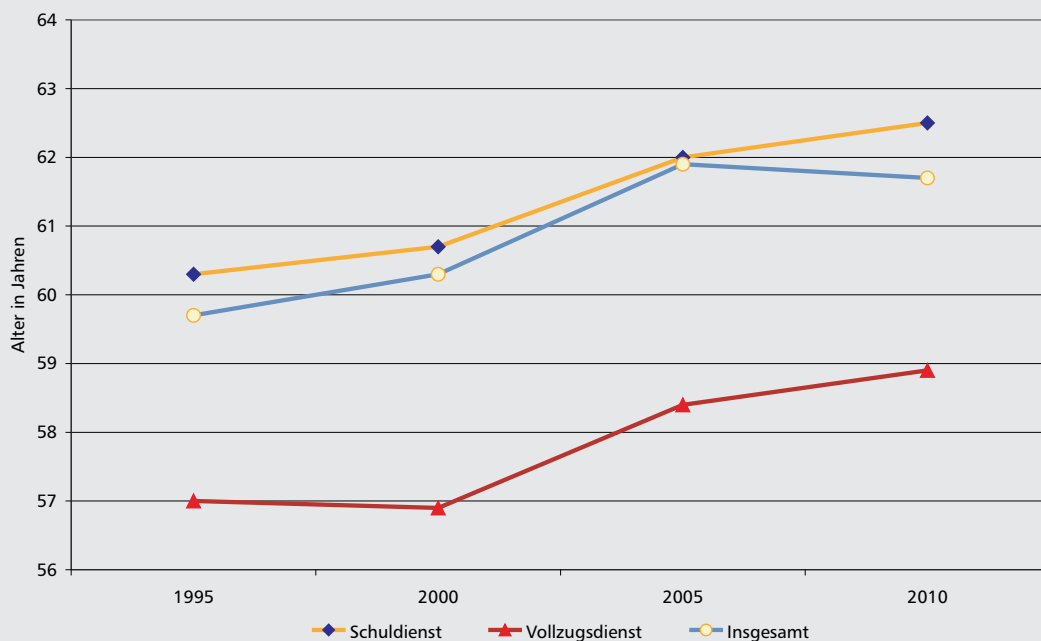
Zumindest hinsichtlich der Erhöhung des Durchschnittsalters bei Ruhestandseintritt scheinen die für die ausgewählten Jahre berechneten Daten den Erfolg der eingeleiteten Maßnahmen klar zu bestätigen.

Über alle Tätigkeitsfelder gerechnet, ist das durchschnittliche Alter bei Ruhestandseintritt von unter 60 im Jahr 1995 auf fast 62 im Jahr 2010 angestiegen. Auch in den gesondert ausgewiesenen Dienstbereichen Schul- und Vollzugsdienst, ist diese Alterserhöhung um rd. 2 Jahre festzustellen. Unabhängig davon gilt in der Regel, je höher die Laufbahngruppe, umso höher das Durchschnittsalter bei Ruhestandseintritt. 2010 lag es im höheren Dienst bei über 63 (63,3) Jahre, im gehobenen bei 61,5 und im mittleren Dienst bei knapp unter 60 (59,6) Jahre.

Eintrittsalter
steigt an

⁶ Es handelt sich im Saarland um rd. 500 Fälle jährlich

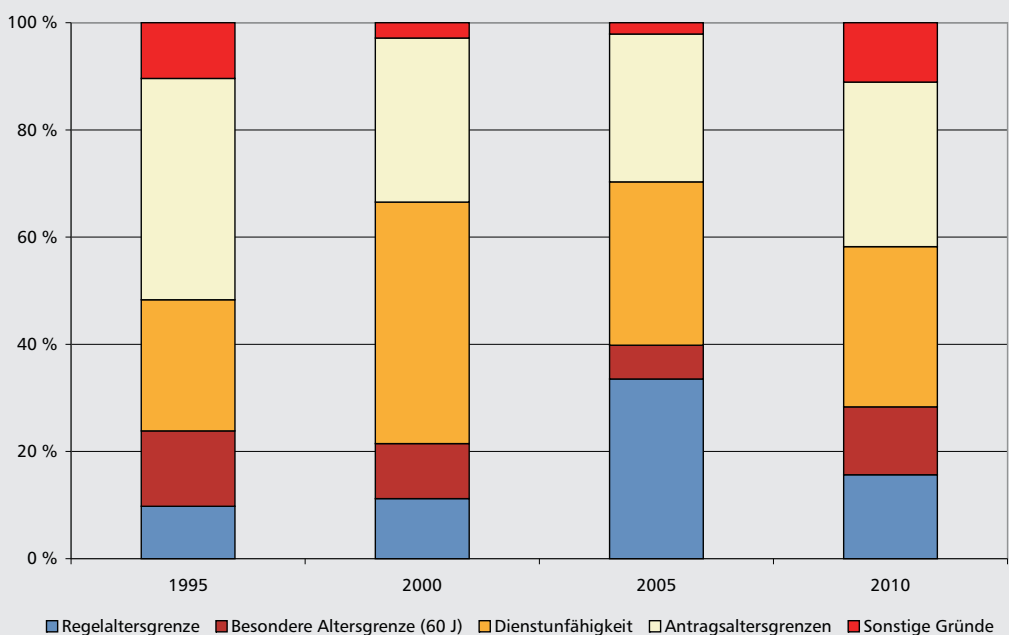
S 10 Durchschnittsalter bei Ruhestandseintritt



Bei der Betrachtung der Gründe für den Eintritt in den Ruhestand in den ausgewählten Jahren sind zwar deutliche Verschiebungen, aber auf den ersten Blick nicht unbedingt

die Entwicklung, wie sie durch die versorgungsrechtlichen Anpassungsmaßnahmen beabsichtigt war, abzulesen.

S 11 Zugänge an Ruhegehaltsempfängern nach Eintrittsgrund



Versorgungs-
rechtsänderun-
gen greifen

So dürfte eine Erklärung für den hohen Anteilswert (45 %) des Eintrittgrundes „Dienstunfähigkeit“ im Jahr 2000 sein, dass – als Reaktion auf das baldige Inkrafttreten der neuen, restriktiveren Regelungen – diese vorher noch von besonders vielen aus dem potentiell betroffenen Personenkreis beantragt worden ist. 2005 und 2010 war „Dienstunfähigkeit“ jeweils nur noch in rd. 30 Prozent der Fälle der Grund für den Ruhestandseintritt. Ergänzend ist festzustellen, dass auch bei Dienstunfähigkeit das Durchschnittsalter der Betroffenen stetig angestiegen ist: Lag es 1995 noch bei 54 Jahren, war es 2010 fast 5 Jahre höher (58,8) und ist im Schulbereich sogar von 55 auf über 61 Jahre (61,4) angestiegen.

Im Jahr 2005 spricht der kräftige Anteilszuwachs (auf 33 %) der Ruhestandsbeamten, die erst mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze ausschieden, für einen diesbezüglichen

Maßnahmenerfolg. Der niedrige Wert im Jahr 2010 (15,4 %) scheint dem dann jedoch zu widersprechen. Nähere Untersuchungen legen derzeit allerdings nahe, dass 2010 ein Ausnahmejahr⁷ darstellt. Denn im ganzen Zeitraum 2005-2009 lag der Anteilswert für „Regelaltersgrenze“ relativ konstant bei rd. 30 Prozent.

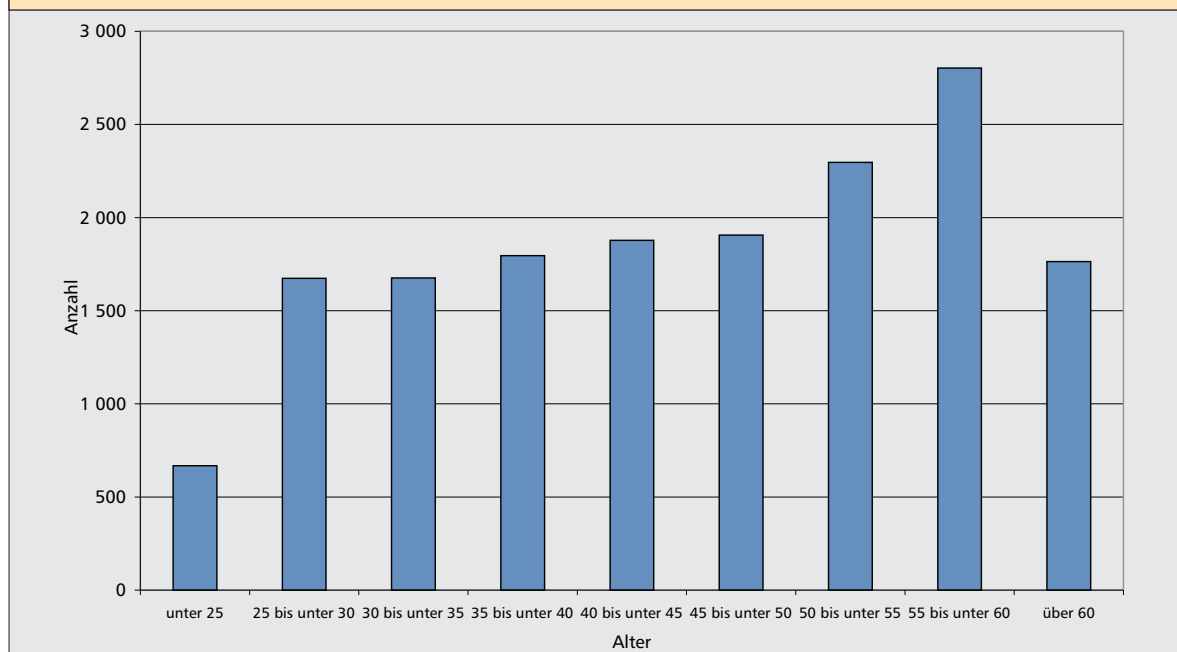
Ruhegehaltssatz muss noch sinken

Von der eingangs erwähnten Absenkung des Versorgungsniveaus auf maximal 71,75 Prozent werden nicht nur die künftigen Versorgungsempfänger betroffen sein. Sie wird sukzessive, in acht Stufen, auch für die „Altfälle“ umgesetzt; gekoppelt an die allgemeinen Besoldungserhöhungen wird die letzte Stufe im Saarland 2012 erreicht.

Der durchschnittliche Ruhegehaltssatz liegt bislang noch über dem neuen Höchstsatz,

Ruhegehalts-
satz über
70 Prozent

S 12 Altersstruktur der Landesbeamten am 30.6.10



⁷ Zeitreihenanalytisch spricht man von „Ausreißern“, wenn einzelne Werte extrem nach oben oder unten von der langfristigen Entwicklung abweichen. Am aktuellen Rand, wie im vorliegenden Fall, kann die Identifikation als „Ausreißer“ daher nur als vorläufig gelten.

er hat sich von 1995 bis 2010 nur geringfügig auf 72,4 Prozent verringert.

Ausblick

Tendenz
steigend

Die Haushaltsbelastung durch die Pensionszahlungen an ehemalige Beamte und ihre Angehörigen wird noch weiter zunehmen. Ableiten lässt sich diese Tendenzaussage aus der Betrachtung der Altersstruktur der

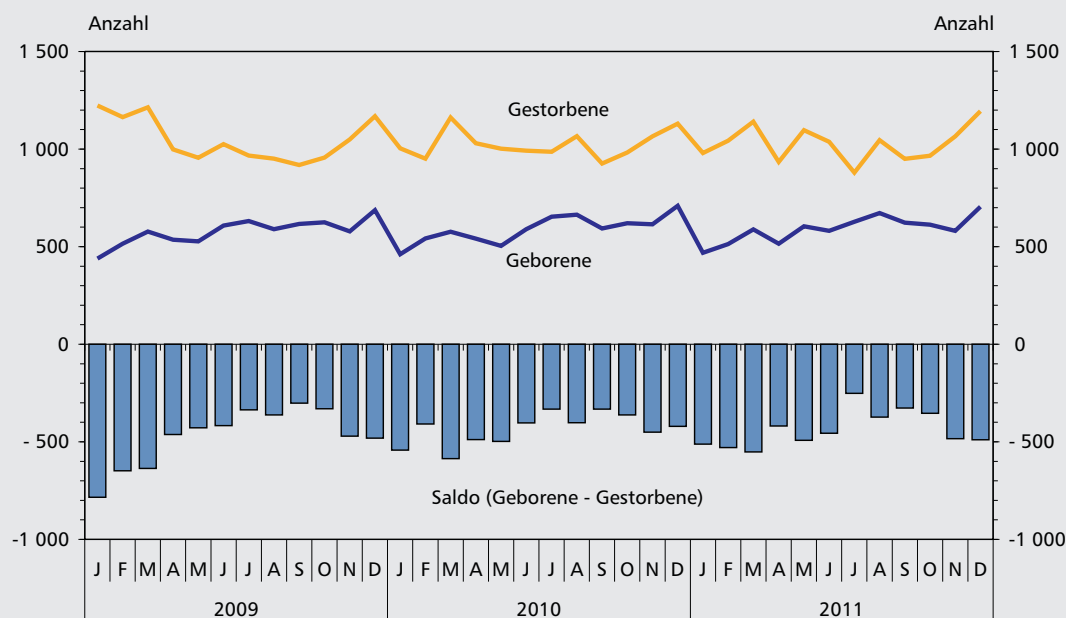
aktiven Beamten, die einen Ausblick auf die zu erwartenden Zugänge an Ruhegehaltsempfängern ermöglicht.

Mitte 2010 waren 42 Prozent der Landesbeamten im Saarland bereits 50 Jahre alt oder älter, sodass davon auszugehen ist, dass die Zahl der Ruhegehaltsempfänger in den nächsten Jahren mindestens mit dem gleichen Tempo wie bisher weiter ansteigen wird.

T 2 Durchschnittlicher Ruhegehaltssatz der Ruhegehaltsempfänger

Jahr	%
1995	72,88
2000	72,64
2005	72,41
2010	72,40

Natürliche Bevölkerungsbewegung im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



Dezember 2011 (2010)

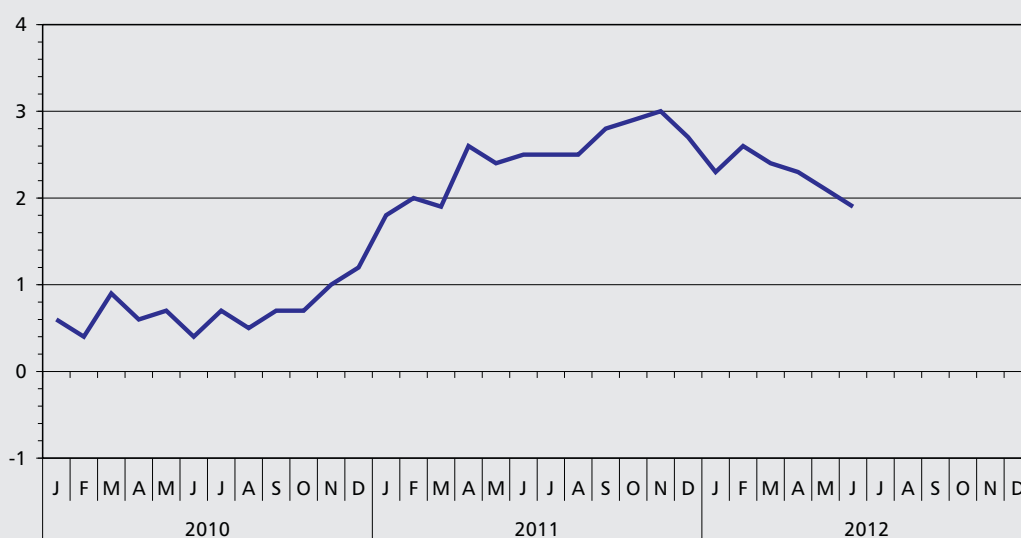
Geborene
704 (709)

Gestorbene
1 194 (1 130)

Saldo
(Geborene - Gestorbene)
- 490 (- 421)

Verbraucherpreisindex im Saarland

Basis 2005 = 100
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

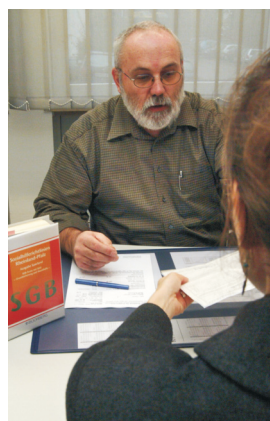


© Statistisches Amt Saarland



Juni 2012 (2011)

Veränderungen
gegenüber dem
Vorjahresmonat
1,9 % (2,5 %)

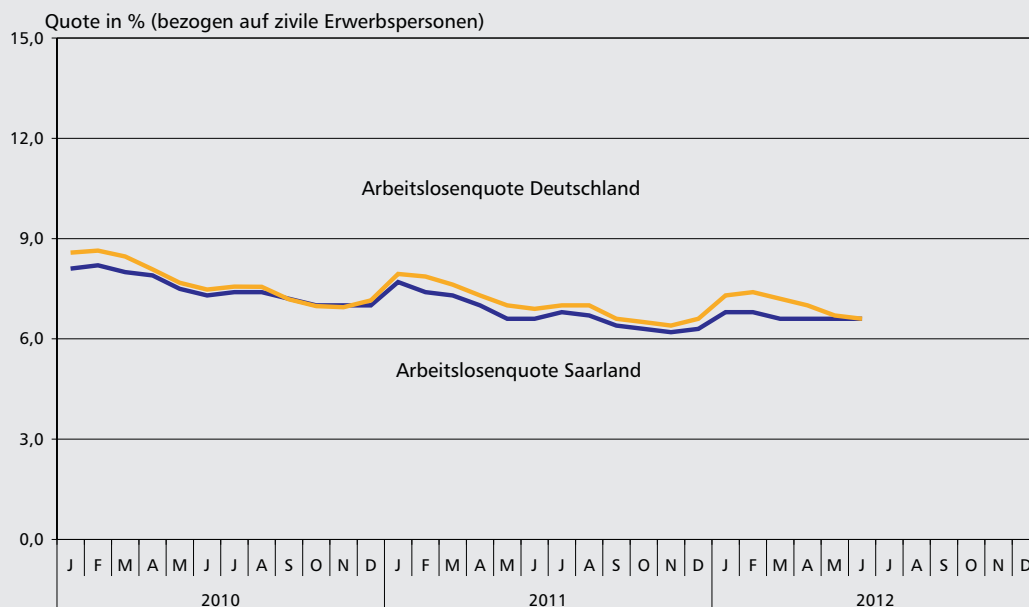


Juni 2012 (2011)

Arbeitslosenquote
Saarland
6,6 % (6,6 %)

Deutschland
6,6 % (6,9 %)

Arbeitslose



© Statistisches Amt Saarland (Quelle: Bundesagentur für Arbeit) Dateistand: 28.06.2012



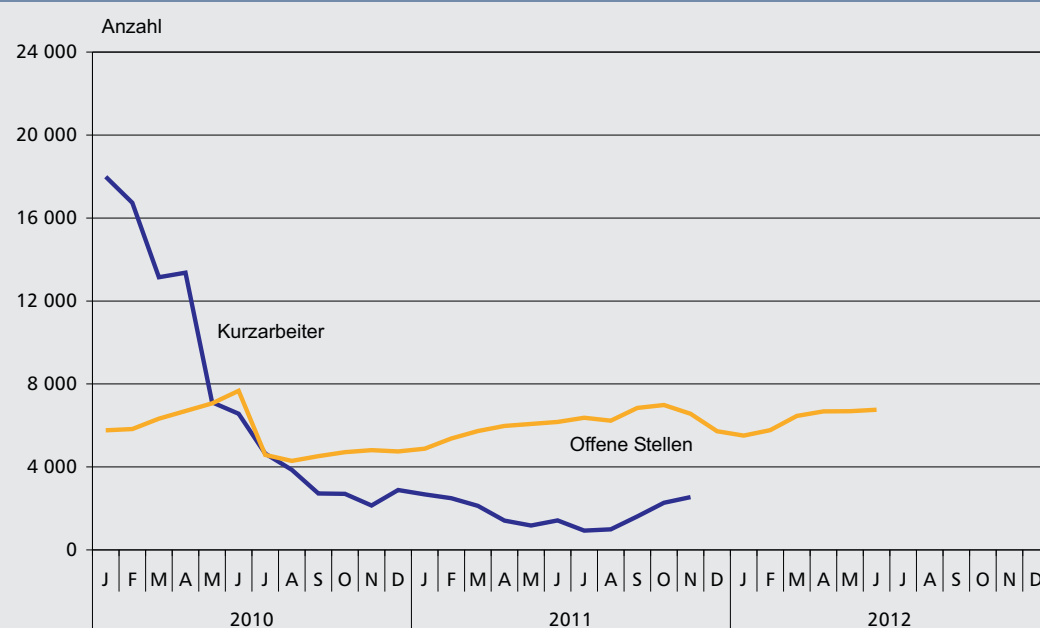
November 2011 (2010)

Kurzarbeiter
2 541 (2 143)

Juni 2012 (2011)

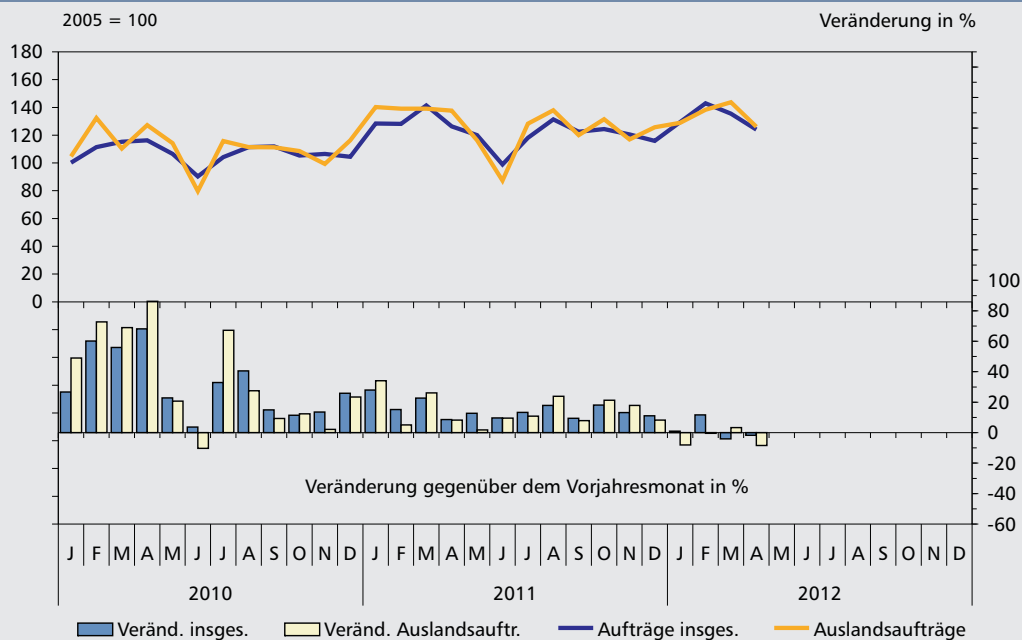
Offene Stellen
6 759 (6 370)

Kurzarbeiter und offene Stellen im Saarland



© Statistisches Amt Saarland (Quelle: Bundesagentur für Arbeit) Dateistand: 28.06.2012

Auftragseingangsindex Verarbeitendes Gewerbe im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



April 2012 (2011)

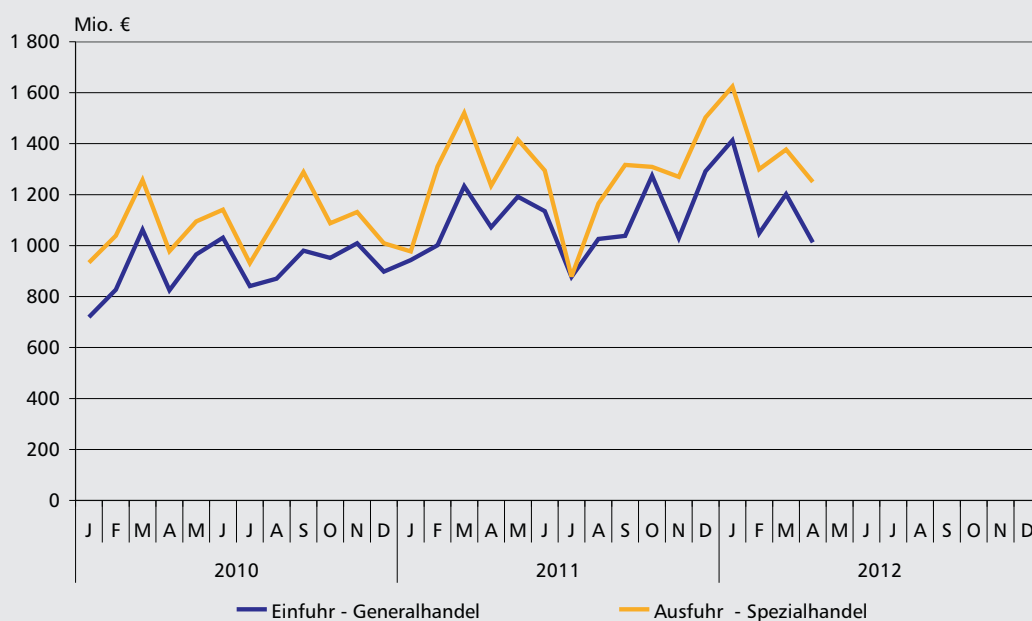
Auftr. insgesamt
124,0 (126,3)

Veränd. insgesamt
- 1,8 % (8,6 %)

Auslandsauftr.
126,0 (137,6)

Veränd. Ausl.auftr.
- 8,4 % (8,2 %)

Außenhandel im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



April 2012 (2011)

Einfuhr - Generalhandel
1 013 Mio.
(1 072 Mio.)

Ausfuhr - Spezialhandel
1 250 Mio.
(1 235 Mio.)



April 2012 (2011)

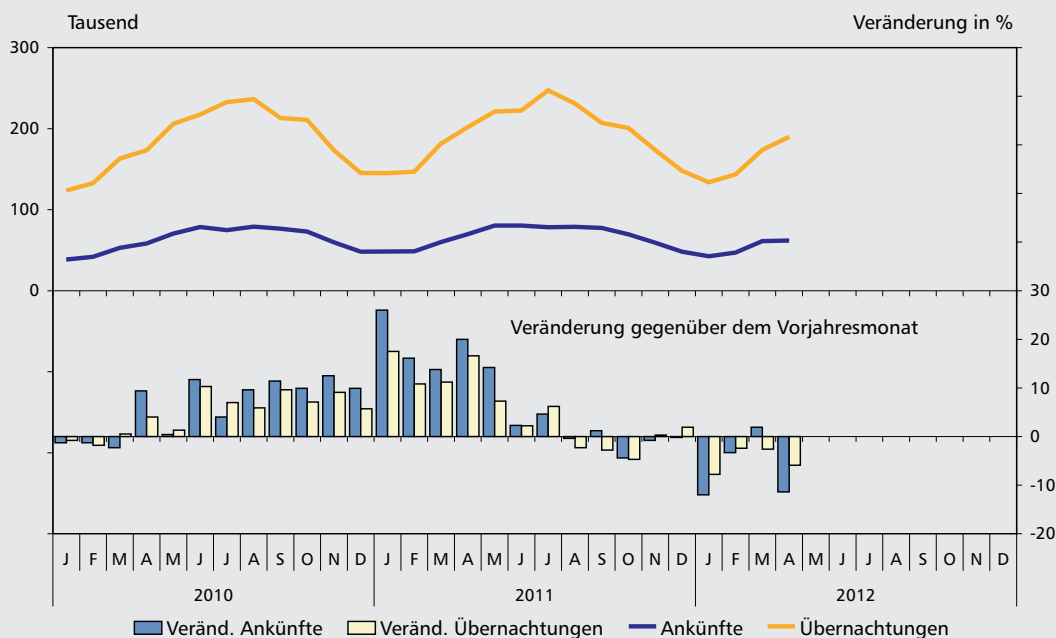
Ankünfte
61 918 (69 872)

Veränd. Ankünfte
- 11,4 % (20,0 %)

Übernachtungen
189 942 (201 950)

Veränd. Übernacht.
- 5,9 % (16,6 %)

Gästeankünfte und -übernachtungen im Saarland



© Statistisches Amt Saarland

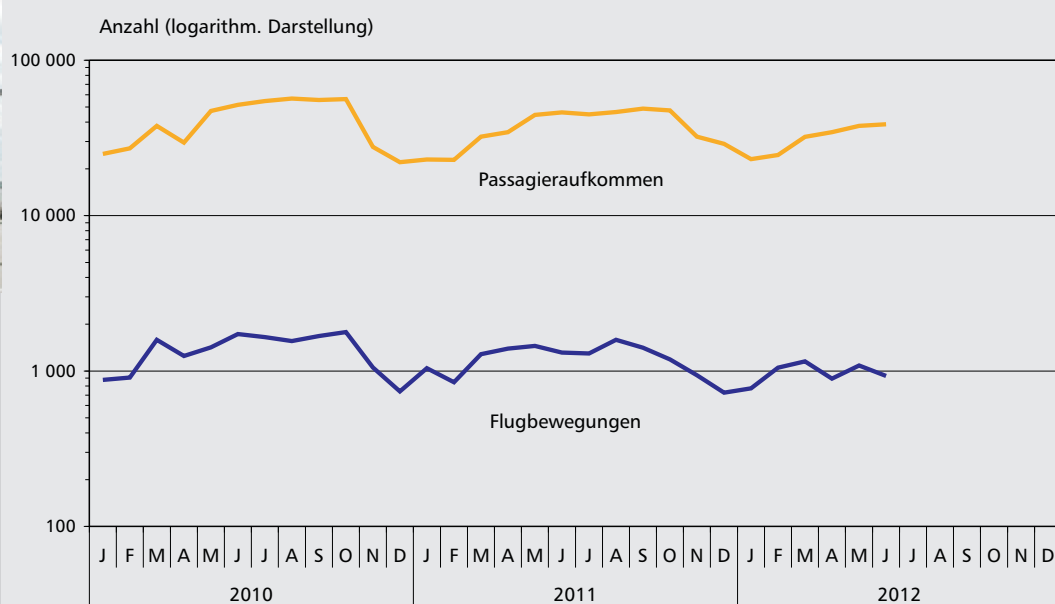


Juni 2012 (2011)

Flugbewegungen
929 (1 315)

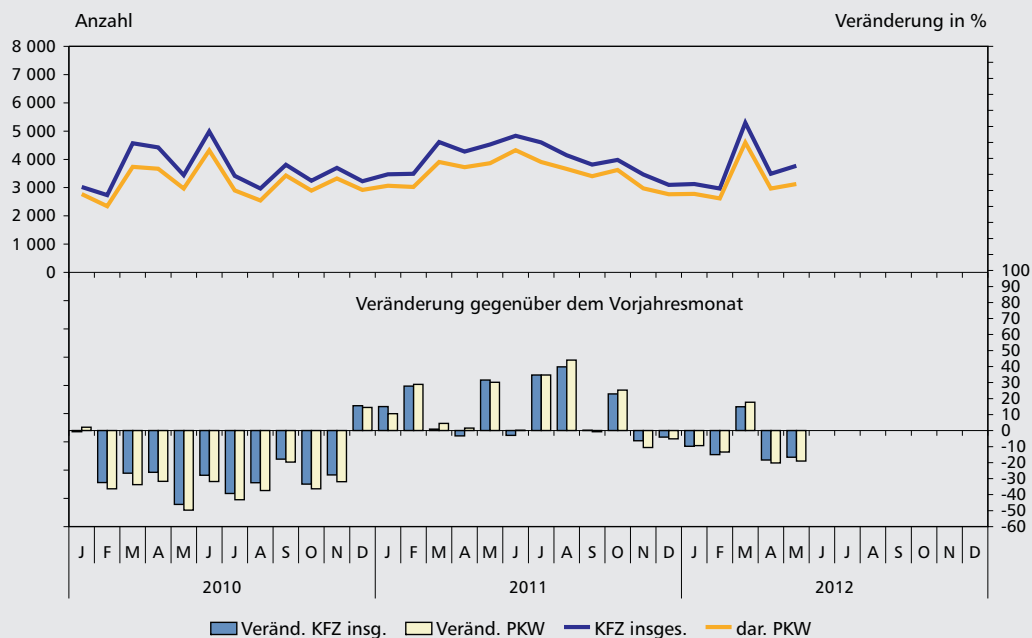
Passagieraufkommen
38 717 (46 189)

Luftverkehr Flughafen Saarbrücken



© Statistisches Amt Saarland

Kfz-Neuzulassungen im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



Mai 2012 (2011)

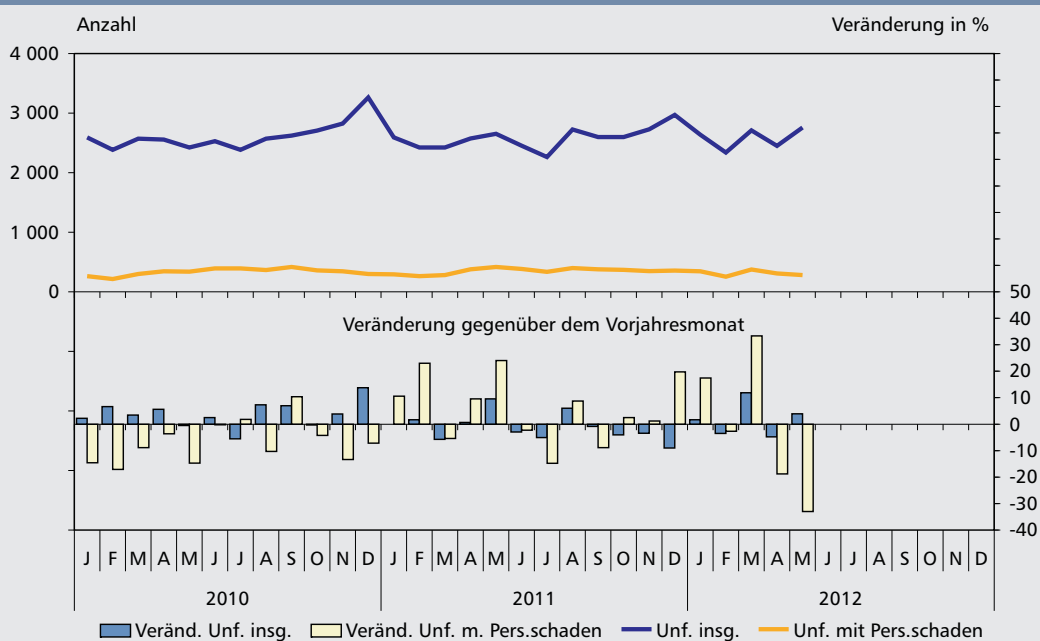
Kfz insgesamt
3 772 (4 525)

Veränd. Kfz insgesamt
- 16,6 % (31,5 %)

dar. PKW
3 127 (3 862)

Veränd. PKW
- 19,0 % (30,2 %)

Straßenverkehrsunfälle im Saarland



© Statistisches Amt Saarland



Mai 2012 (2011)

Unfälle insgesamt
2 757 (2 654)

Veränd. Unf. insg.
3,9 % (9,6 %)

Unf. mit Pers.schaden
280 (418)

Veränd. Unf. mit
Pers.schaden
- 33,0 % (24,0 %)

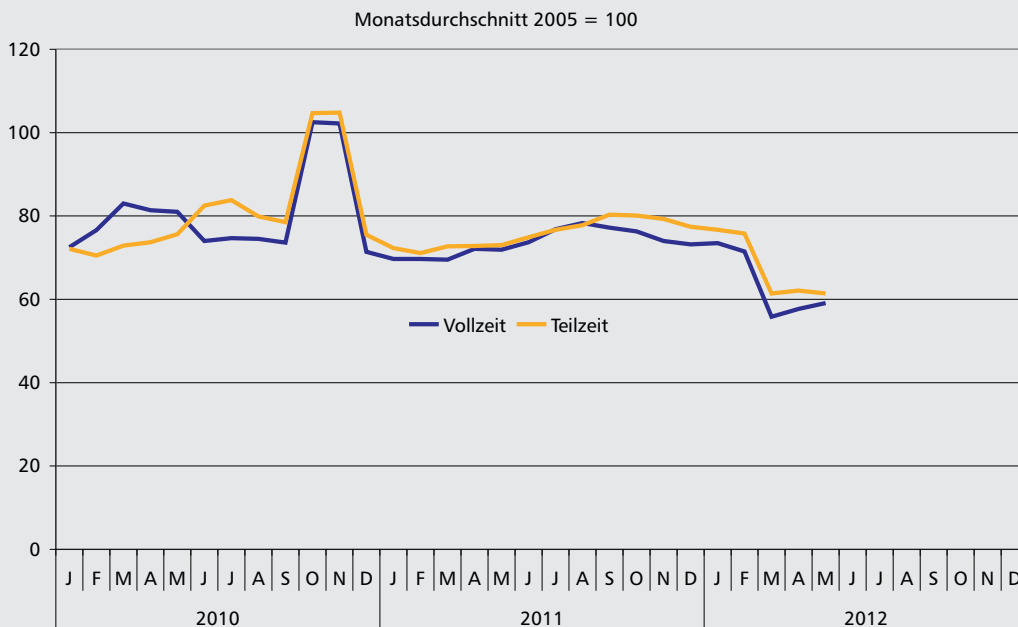


Mai 2012 (2011)

Vollzeitbeschäftigte
59,1 (71,9)

Teilzeitbeschäftigte
61,4 (73,0)

Beschäftigte im saarländischen Gastgewerbe



© Statistisches Amt Saarland

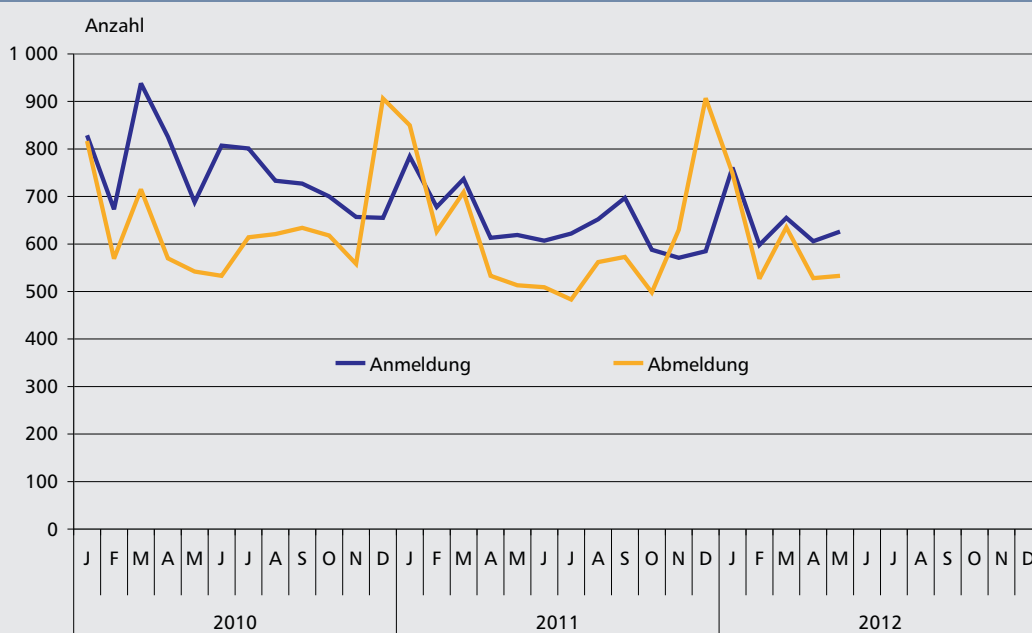


Mai 2012 (2011)

Anmeldungen
626 (619)

Abmeldungen
533 (513)

Gewerbean- und -abmeldungen im Saarland



© Statistisches Amt Saarland

Zur wirtschaftlichen Entwicklung im Saar-Lor-Lux-Raum

Als gesamtwirtschaftliche Leistung wurde im Jahr 2011 in der Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonie ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von rund 330 Milliarden Euro erarbeitet. Gemessen an der Europäischen Union entspricht dies einem Anteil von 2,6 Prozent. Davon entfielen 113 Milliarden Euro auf Rheinland-Pfalz, über 87 Milliarden Euro auf Wallonien, etwa 56 Milliarden Euro auf Lothringen (geschätzt; genauer Wert liegt noch nicht vor), fast 43 Milliarden Euro auf Luxemburg und gut 30 Milliarden Euro auf das Saarland. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl rangiert die luxemburgische Wirtschaftsleistung mit großem Abstand an der Spitze: Das Großherzogtum erzielte je Einwohner ein BIP von über 83 000 Euro, während die deutschen Bundesländer auf Pro-Kopf-Beträge von 30 000 (Saarland) bzw. 28 300 (Rheinland-Pfalz) kamen. Die geringste Wirtschaftskraft verzeichneten Lothringen mit etwa 24 000 Euro je Einwohner sowie Wallonien mit 24 800 Euro.

Diese Ergebnisse werden allerdings maßgeblich von der Struktur der Wirtschaftsbevölkerung beeinflusst. So sind zum Beispiel in Luxemburg über 40 Prozent der Arbeitsplätze mit Grenzgängern besetzt, die also außerhalb des Großherzogtums wohnen und täglich bzw. regelmäßig zu ihrem luxemburgischen Arbeitsort einreisen. Diese Berufspendler kommen überwiegend aus Lothringen und Wallonien. Auch das Saarland weist, aufgrund seiner arbeitsintensiven Wirtschaftsstruktur, traditionell einen Einpendlerüberschuss auf, wenn auch nicht in diesem hohen Ausmaß wie Luxemburg. Ein stark negativer Pendlersaldo charakterisiert dagegen vor allem Lothringen, aber auch für Rheinland-Pfalz und Wallonien gilt innerhalb der Großregion ein Auspendlerüberschuss, da sie wegen ihrer jeweiligen Randlage zu den Zentren der Großregion dort eher ländlich und strukturschwach geprägt sind.

Bezieht man nunmehr das Bruttoinlandsprodukt auf die Zahl der Erwerbstätigen, die ja eben die Wirtschaftsleistung erbracht haben, so bleibt Luxemburg – dank seiner wachstumsstarken Wirtschaftsstruktur – mit über 116 000 Euro je Arbeitsplatz weiterhin an der Spitze. Bei dieser Betrachtung, der so genannten Arbeitsproduktivität, ist der Abstand zu den vier Nachbarregionen deutlich niedriger als bei den Einwohnerwerten und es ergibt sich auch eine andere Reihenfolge: An zweiter Stelle folgt nun Wallonien mit rund 71 000 Euro je Erwerbstätigen und sodann Lothringen mit 65 000 Euro. Rheinland-Pfalz und das Saarland bleiben knapp unter einem BIP-Wert von 60 000 je Erwerbstätigen.

Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je Einwohner / je Erwerbstätigen
Produit intérieur brut (à prix courants) par habitant / par personne occupée
- EUR -

	Saarland	Lorraine	Luxembourg	Rheinland-Pfalz	Wallonie
BIP je Einwohner	30 059	24 000	83 636	28 311	24 796
BIP je Erwerbstätigen	59 146	65 000	116 348	59 365	71 141

Werte für Lothringen 2011 geschätzt.

Die fünf Teilgebiete der Großregion haben die Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 in unterschiedlichem Ausmaß zu spüren bekommen. Am heftigsten war die Wirtschaftskraft im Saarland eingebrochen, wo das (nominale) BIP 2009 im Vorjahresvergleich um 10,8 Prozent schrumpfte. Mit einem Minus von 5,2 Prozent geriet auch Luxemburg in starke Turbulenzen, während Lothringen (- 2,9 %), Rheinland-Pfalz (- 2,7 %) und Wallonien (- 1,8 %) aufgrund ihrer weniger anfälligen Wirtschaftsstruktur auch weit weniger unter der Rezession leiden mussten.

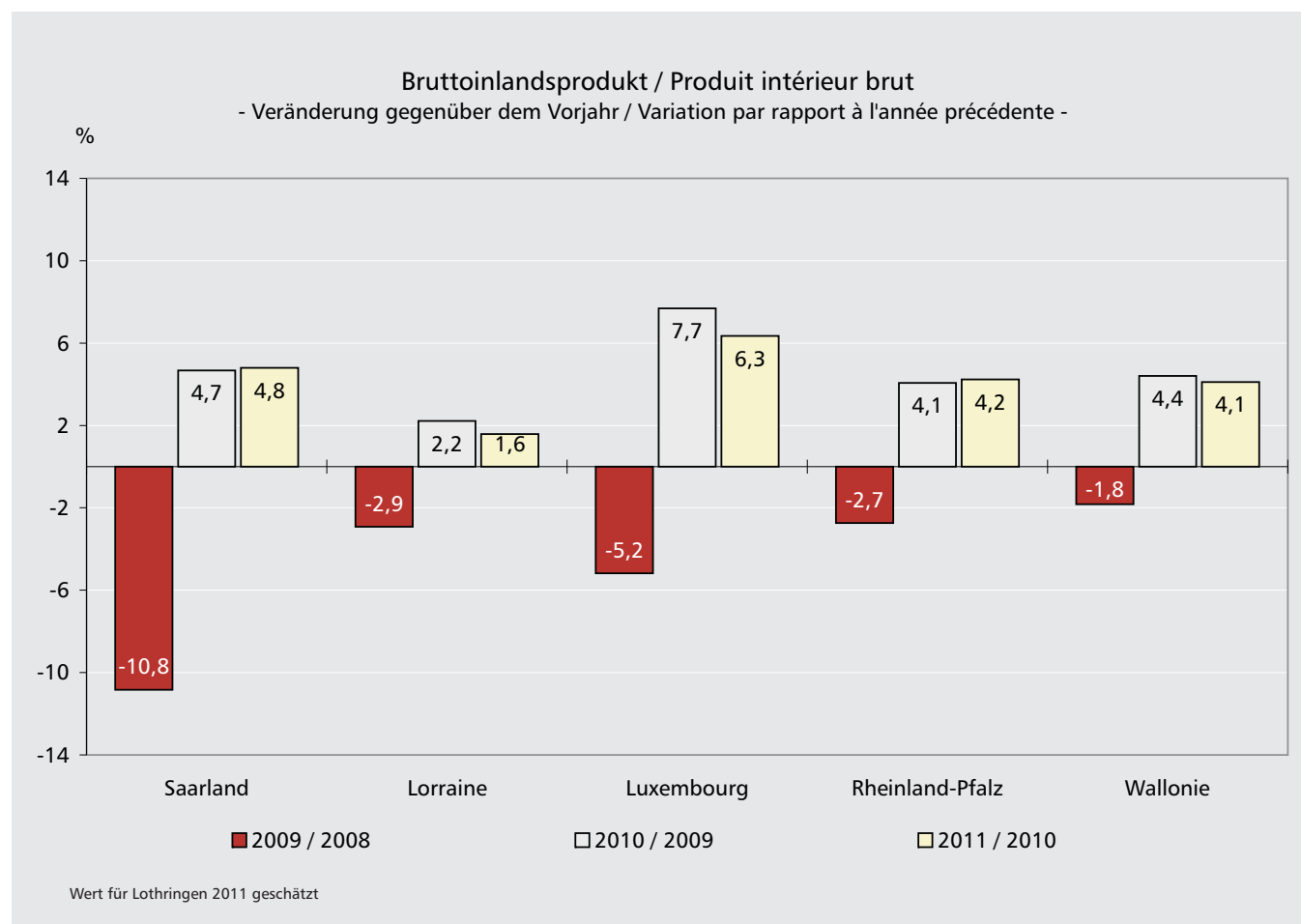
Die Krise war zum Glück nur von kurzer Dauer und bereits im Jahr 2010 fanden alle Teilregionen wieder aus dem Konjunkturtal heraus. Am besten schaffte Luxemburg den Wiederaufschwung mit einem (nominalen) BIP-Wachstum von 7,7 Prozent. Im Jahr 2011 konnten alle Regionen ihr Wirtschaftswachstum des Vorjahres in einer ähnlich starken Größenord-

Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) - Produit intérieur brut (à prix courants) - 1 000 EUR -

Année / Jahr	Saarland	Lorraine	Luxembourg	Rheinland-Pfalz	Wallonie
2008	31 184	55 552	39 437	107 318	81 927
2009	27 805	53 929	37 393	104 382	80 432
2010	29 105	55 126	40 267	108 621	83 971
2011	30 501	56 000	42 822	113 224	87 419

Wert für Lothringen 2011 geschätzt.

nung wiederholen. Dass das Saarland unter der bisher schlimmsten Krise seiner Geschichte zu leiden hatte und innerhalb der Großregion (wie auch im Vergleich aller Bundesländer) den stärksten Konjunkturunbruch erleben musste, wird daran deutlich, dass selbst eine so rasche und kräftige Erholung, wie sie im Saarland seit 2010 zu verzeichnen ist (mit Wachstumsraten von 4,7 und 4,8 Prozent), bisher noch nicht ausgereicht hat, die drastischen Ausfälle des Abschwungs zu kompensieren. Während Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz und Wallonien längst wieder ihre Wirtschaftsleistung vor der Krise erreicht bzw. übertroffen haben, lag das BIP im Saarland 2011 immer noch um 2,2 Prozent unter dem Niveau des Jahres 2008.



Statistisches Amt Saarland

Sonderheft Produzierendes Gewerbe 2011



Format: Print, PDF

Preis: 10,- Euro

Dieses jährlich erscheinende Sonderheft enthält eine umfassende statistische Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklungen des Jahres 2011 sowie einige lange Reihen im Produzierenden Gewerbe des Saarlandes. Es werden strukturelle und konjunkturelle Entwicklungen in den Bereichen Industrie, Handwerk, Baugewerbe, Energie- und Wasserversorgung dargelegt. Der detaillierte Tabellenteil wird ergänzt durch Grafiken und Schaubilder sowie durch methodische Erläuterungen.



www.statistik.saarland.de

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat Mai 2012

Statistische Berichte

Bodennutzung 2011	C I 1 - j 2011	Gastgewerbe im Februar 2012	G IV 3 - m 2/2012
Insolvenzen im Jahr 2010	D III 1 - j 2010	Straßenverkehrsunfälle im Dezember 2011	H I 1 - m 12/2011
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im März 2012	E I 1 - m 3/2012	Verbraucherpreisindex April 2012	M I 2 - m 4/2012
Handel im Februar 2012	G I 1 - m 2/2012	Preisindex für Bauwerke Februar 2012	M I 4 - vj 1/2012
Fremdenverkehr im Februar 2012	G IV 1 - m 2/2012		

Alle in dieser Rubrik vorgestellten Publikationen können beim Statistischen Amt Saarland bestellt werden: statistik@lzd.saarland.de, Tel. +49 681 501 5925, Fax +49 681 501 5915, Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken. Die Gemeinschaftsveröffentlichungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder sind zusätzlich über das gemeinsame Statistik-Portal <http://www.statistikportal.de/Statistik> erhältlich.



www.statistik.saarland.de

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat Juni 2012

Statistische Berichte

Die Diagnosen der Krankenhauspatienten im Saarland 2010	A IV 9 - j 2010	Handel im März 2012	G I 1 - m 3/2012
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06.2011		Fremdenverkehr im März 2012	G IV 1 - m 3/2012
(Korrekturbericht)	A VI 5 - vj 2/2011	Gastgewerbe im März 2012	G IV 3 - m 3/2012
Gewerbeanzeigen im Saarland 2. Quartal 2011 und 1. Halbjahr 2011	D I 2 - vj 2/2011	Straßenverkehrsunfälle im Januar 2012	H I 1 - m 1/2012
Verarbeitendes Gewerbe sowie Gewinnung von Steinen und Erden im April 2012	E I 1 - m 4/2012	Straßenverkehrsunfälle im Februar 2012	H I 1 - m 2/2012
Baugewerbe im März 2012	E II 1/E III 1 - m 3/2012	Ausgewählte Finanz- und Steuerdaten der saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände 2011	L II S - j 2011
Energiebilanz und CO ₂ - Bilanz des Saarlandes 2009	E IV 4 - j 2009	Verbraucherpreisindex Mai 2012	M I 2 - m 5/2012

Veröffentlichungen des Statistischen Amtes Saarland im Monat Juli 2012

Statistische Berichte

Ausländer im Saarland am 31. Dezember 2011	A I 4 - j 2011	Baugewerbe im April 2012	E II 1/E III 1 - m 4/2012
Gerichtliche Ehelösungen 2011	A II 2 - j 2011	Baugewerbe im Mai 2012	E II 1/E III 1 - m 5/2012
Wanderungen im 4. Vierteljahr 2011	A III 1 - vj 4/2011	Handel im April 2012	G I 1 - m 4/2012
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.09.2011	A VI 5 - vj 3/2011	Handel im Mai 2012	G I 1 - m 5/2012
Ernteberichterstattung 2011	C II 1 - j 2011	Großhandel im Jahr 2011	G I 2 - j 2011
Viehbestandserhebung in der Landwirtschaft im November 2011	C III 1-3 - j 2011	Fremdenverkehr im April 2012 und Winterhalbjahr 2011/2012	G IV 1 - m 4/2012
Gewerbeanzeigen im Saarland 3. Quartal 2011	D I 2 - vj 3/2011	Fremdenverkehr im Mai 2012	G IV 1 - m 5/2012
Gewerbeanzeigen im Saarland 4. Quartal 2011	D I 2 - vj 4/2011	Gastgewerbe im April 2012	G IV 3 - m 4/2012
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Mai 2012	E I 1 - m 5/2012	Gastgewerbe im Mai 2012	G IV 3 - m 5/2012
Produktionsindex und Produktion ausgewählter Erzeugnisse im produzierenden Gewerbe des Saarlandes 1. Vierteljahr 2012	E I 2 - vj 1/2012	Straßenverkehrsunfälle im März 2012	H I 1 - m 3/2012
		Straßenverkehrsunfälle im April 2012	H I 1 - m 4/2012
		Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen im 1. Vierteljahr 2012	H I 4 - vj 1/2012
		Steueraufkommen im Saarland 2011	L I 1/L I 2 - j 2011
		Versorgungsempfänger am 01.01.2011	L III 3 - j 2011
		Verbraucherpreisindex Juni 2012	M I 2 - m 6/2012
		Preisindex für Bauwerke Mai 2012	M I 4 - vj 2/2012